

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

48 (26.2.1914)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnan-  
tenpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.  
85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.  
Postfachkonto Nr. 2650.  
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, II. Zeile, oder deren Raum 20 P. Sofortiger  
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate  
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

### Wo sitzen die Ver- brecher?

Wasa Luxemburg soll auf ein Jahr ins Gefängnis wandern, weil sie dem Willen des Proletariats, einen Weltkrieg mit allen Kräften zu verhindern, in entschlossenen Worten Ausdruck gegeben hat. Die gesamte reaktionäre und nationalistische Presse hat diese Verurteilung mit Frohlocken begrüßt und mit wüsten Beschimpfungen der Beurteilten begleitet. Sie betrachtet das Frankfurter Urteil als eine Etappe auf ihrem Weg, der zur Auflösung des Reichstags und zu einer Stärkung des reaktionären Einflusses in der deutschen Volksvertretung führen soll. Ein Teil von ihr hat aber die Ziele seines Ehrgeizes noch höher gestellt: ihm genügt nicht der kleine unblutige Krieg der Parteien im Innern, er will die Auflösung des alten Europa in den Flammen eines Weltkrieges. Um den Kriegsherrn die Bahn frei zu machen, sollen die Verteidiger des Friedens in den Kerker geworfen werden.

Dieselbe alldeutsche „Post“, die die Verurteilung der Genossin Luxemburg mit einem von Herzen kommenden „Recht so!“ begrüßt und die Richter Alldeutschlands zur Nachahmung des glorreichen Frankfurter Beispiels ermuntert, veröffentlicht jetzt in ihrer Morgen- und Abendausgabe vom letzten Dienstag eine längere Abhandlung, in der den leitenden Staatsmännern nahegelegt wird, so rasch wie möglich einen Angriffskrieg gegen England, Frankreich und Rußland zu unternehmen. Der nahe Zerfall Oesterreichs, die Abdrängung Italiens vom Dreibund werden zu diesem Zweck mit frassen Farben geschildert, die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Deutschland und den Westmächten wird als unvermeidlich hingestellt und die Unterwerfung des Reiches unter den mächtigen Willen einer feindseligen Koalition als drohende Gefahr an die Wand gemalt. „Wollen wir warten“, fragt der Verfasser, „bis unsere Gegner fertig sind, oder sollen wir den günstigen Augenblick benutzen, um die Entscheidung herbeizuführen.“ Es entscheidet diese „schicksalsschwere Frage“ in folgender Weise:

Noch haben wir Trümpfe in der Hand, könnten durch eine entschlossene Offensive das Fest der europäischen Politik in die Hand bekommen und könnten unsere Zukunft sicher stellen. Damit ist nicht gesagt, daß wir den Krieg vom Zaune brechen sollen, aber (!) wo ein Konflikt der Interessen sich zeigt, da sollen wir nicht zurückweichen, sondern es auf einen Krieg ankommen lassen und ihn durch entschlossene Offensive beginnen, sei es um ein neues Marokko oder um die Stellung des Generals v. Limars (1) oder die vorderasiatischen Fragen, der Vorwand ist gleichgültig, denn um diesen handelt es sich gar nicht, sondern um unsere Zukunft, die auf dem Spiele steht.

Der Verfasser schließt mit den durch Fettdruck hervor-  
gehobenen Worten:

Aufgabe der deutschen Politik ist es nicht, den Frieden nach Möglichkeit zu erhalten, sondern den unvermeidlichen Krieg mit Umsicht und Tatkraft vorzubereiten und ihn unter möglichst günstigen Bedingungen zu führen.

Dabei ist dieser „Post“-Patriot von der Sicherheit eines deutschen Sieges im gegenwärtigen Augenblick durch-  
aus nicht überzeugt. Schreibt er doch selbst an anderen Stellen seines Artikels:

Im Besitz der militärischen und maritimen Hebermacht können sie (die Gegner) mit großer Zuversicht hoffen, die Dreiländstaaten ohne Krieg niederzuhalten. . . Die Rüstungen des Dreierbundes sind denen des Dreiebundes vielfach überlegen.

Der „Post“-Patriot bestärkt den Mächten des Dreierbundes, daß sie keinen Krieg wollen. Er versichert, daß diese Mächte viel stärker sind als Deutschland, das danach mit seinen als recht unzuverlässig geschilderten Bundesgenossen im Fall eines Krieges der Möglichkeit einer voranschreitenden Niederlage entgegen ginge. Trotzdem will der Patriot den Krieg, der Vorwand ist ihm dabei gleichgültig!

Zugleich berichtet die „Post“ über einen Vortrag, den der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt der Glatz-Mainz kürzlich auf dem norddeutschen Gaugtag der Alldeutschen gehalten hat. Darin finden sich folgende Sätze:

Am betrüblichsten ist die Entwicklung in Elsaß-Lothringen gewesen. . . Es wird nichts anderes übrig bleiben, als zu versuchen, mit der Gewinnung des Landes dort wieder einzusetzen, wo man 1870 begonnen hat. Ob diese Aufgabe gelöst werden kann, steht dahin. Jedenfalls wird es ohne schwere Kämpfe und letzten Endes ohne Wiederaufhebung der Verfassung nicht möglich sein. Eine andere Lösung läge in einem Kriege mit Frankreich.

Solche Äußerungen sind nicht neu. Seit Jahr und Tag wird in alldeutschen Blättern und Versammlungen zum Völkermord aufgehetzt. Die Stellung des deutschen Reichs in der Welt wird dadurch aufs Neueste geschädigt, denn man braucht solche Äußerungen im Auslande nur zu zitieren, um Deutschland als ein barbarisches Land hinzustellen, das nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um seine Nachbarn mit Brand und Nord zu überfallen. Kommt es wirklich einmal zu einem Kriege, so ist die Schuld

an diesem Weltunglück von vornherein dem deutschen Reich zugeschoben, denn die Kriegshörer geben ja mit wahrem Verbrecherstolz zu, daß sie es sind, die den Krieg wollen, während die übrige Welt den Frieden will.

Wo bleibt der Staatsanwalt, der sich über diese verbrecherischen Umtriebe entrüstet? Wo sind die Richter, die über so ungeheuerliche Schandtaten zu Gericht sitzen? Man hat in Frankfurt a. M. die Worte der Genossin Luxemburg durch eine gequälte Auslegung dahin gedeutet, daß durch sie zur Verweigerung des Gehorsams im Kriege aufgefordert werden sollte, und der öffentliche Ankläger hat sich gar nicht genug tun können, in der Ausmalung der furchtbaren Folgen, die es haben könnte, wenn auch nur ein einziger Soldat im Sinne jener angeblichen Aufforderung handelte. Welche Folgen würde es wohl haben, wenn die leitenden Staatsmänner des Reiches den Einflüsterungen der Kriegshörer Gehör schenkten?

Man kann sich, ja man muß sich als Sozialdemokrat auf den Standpunkt stellen, daß Meinungsäußerungen nicht vor das Gericht gehören und daß selbst die Aufreizung zum Mordmord nur durch das Urteil des Volksgewissens, nicht durch den Richter zu ahnden ist. Aber die Kriegshörer als Patrioten und tabellose Staatsbürger passieren lassen, während man ihren Gegnern die Paragrafenschlinge um den Hals wirft, das ist — — — ja, das ist eben auch nur eine unvermeidliche Begleiterscheinung unserer gesamten herrlichen Zustände, es ist nur wieder ein kleines Beispiel für die erhabene Gerechtigkeit, mit der die Welt von heute regiert wird.

### Deutsche Politik.

#### Der unfehlbare Richterstand.

In der „Deutschen Richterzeitung“ wendet sich ein Landgerichtsrat Beck in Deggendorf mit scharfen Worten gegen die Erweiterung der Volksrechte auf dem Gebiete der Justiz. Unter Erweiterung der Volksrechte versteht er vor allem die stärkere Einziehung der Laien zur Rechtsprechung, die seiner Meinung nach offenbar nur der erste Schritt zur Einführung der Revolutionstribunale ist. Der Mann, der sich über den Phrasensturm der Demokratie entrüstet, ergreift sich selbst in Betrachtungen, die von wissenschaftlicher Ueberlegenheit soweit entfernt sind, wie der Himmel von der Erde. Wir zitieren nach der „Deutschen Tageszeitung“, in der ein ungenannter Staatsanwalt sich die Beweisführung des Landgerichtsrats zu eigen macht:

Freiheit und Gleichheit sind eben Gegensätze, jede ist nur um den Preis der anderen zu haben. Die Freiheit führt zur Ungleichheit, sobald die von Natur nun einmal bestehenden Verschiedenheiten der Menschen durch die freie Entwicklung größer werden; Gleichheit läßt sich nur durch Zurückschrauben der den Durchschnitt der Masse Ueberragenden erreichen, nicht durch gewaltsames Hinaufheben der minder Begabten; sie bedeutet den Sieg der Mittelmäßigkeit, des Schablonenhaften, der Verpöbelung. Das demokratische Klassenbewußtsein steht im schärfsten Gegensatz zum Gemeinwohl. Denn das Streben der Massen in alter und neuer Zeit geht auf „ponem et circueas“, d. h. auf Genug. Das Wort „Pflicht“ gehört nicht zu den Schlagwörtern, mit denen Demagogen ihre Massen bezaubern. Sie kennen nur „Volksrechte“.

So geht noch eine Weile weiter, bis man zu dem Schluß gelangt, daß nur gründliches Wissen, in sich abgeschlossene Bildung und reichliche Erfahrung die kühle Unbeirrbarkeit und Unbefangenheit sichern, die der Richter braucht.

Wir brauchen unsere Auffassung, daß das gründliche Wissen und die Erfahrung zur Sicherung der kühlen Unbefangenheit des Richters keineswegs ausreichen, nicht zum tausendsten Male mit Beweisen zu belegen. Solange der Richterstand sich nur aus den Kreisen der Besitzenden rekrutiert, solange er von dem Beginn des Studiums ab unter der Einwirkung des kapitalistischen Milieus steht, solange vom Richter die politische „Gutgesinntheit“ gefordert wird — solange steht das Proletariat der Justiz mit begreiflichem und berechtigtem Mißtrauen gegenüber. Seine Forderung nach der Verstärkung eines aus der Arbeiterklasse ergänzten Laienrichtertums, und darüber hinaus sein Verlangen nach der Wahl der Richter durch das Volk sind durch die Umstände geboten und haben nichts mit jener Gleichmacherei zu tun, wie sie sich der Landgerichtsrat und der Staatsanwalt der „Deutschen Tageszeitung“ zurechtphantasieren.

#### Einkende Reichseinnahmen.

Die schlechte Konjunktur macht sich auch bei den Reichseinnahmen bemerkbar, man rechnet mit einem Ausfall von etwa 20 Millionen Mark gegenüber dem Etatsanlass. Bei der Spannung des Etats ist eine solche Mindereinnahme von erheblicher Bedeutung. Die Ausgaben sind gemacht, und es muß nun für Deckung gesorgt werden. Die Schuld an diesem Resultat trägt aber auch die Mehrheit des Reichstags, die zur Deckung der laufenden Ausgaben aus Anlaß der letzten Gesetzesvorlage einfach einzelne Etats-titel erhöht hat und damit Einnahmen schuf, die nur auf dem Papier standen. So hat man die Einnahmen aus den Zöllen einfach um 18 Millionen Mark mehr angesetzt, tatsächlich haben aber die Getreidezölle allein — infolge der

ungünstigen Ernte — eine Mindereinnahme von 40 Mill. Mark gebracht. Der Stempel auf Wertpapiere lieferte statt der angelegten 11 Millionen, nur 5 Millionen Mark. Mehreinnahmen brachten die Zuckersteuer mit 16, die Zigarettensteuer mit 5, die Brausteuer mit 6, die Salzsteuer mit 3 Millionen Mark. Trotzdem bleibt ein Defizit von 20 Millionen Mark, das sich noch vergrößert, falls, wie zu erwarten, bei den Ausgaben erhebliche Ueberschreitungen zu verzeichnen sind.

#### Der Umfang der bisherigen Steuerhinterziehungen.

Der Landrat in S o m b u r g v. d. G. läßt mitteilen, die erste Durchsicht der Mehrsteuererklärungen habe ergeben, daß in diesem Jahre annähernd 6 Millionen Mark Kapitalvermögen im Overtaunusfreis mehr deklariert wurden. Wenn im Durchschnitt in jedem preussischen Kreis nur diese Summe zu wenig deklariert worden wäre, beliefe sich das der Steuer entzogene Vermögen in Preußen schon auf rund 3000 Millionen Mark. In einzelnen Kreisen und besonders in den großen Städten kommen aber noch ganz andere Summen heraus; 20 Milliarden Mark wird das mindeste sein, was der Generalpardon an bisher unbesteuerter Vermögen guttage fördert.

#### Die Partei ohne Programm.

Die „Post“ wehrt sich gegen den von fortschrittlicher Seite erhobenen Vorwurf, daß die Reichspartei kein Parteiprogramm habe, mit den Sätzen:

„Ob und inwieweit für unsere Weiterentwicklung ein mehr oder weniger ins einzelne gehendes Programm fruchtbar sein kann, wird sie selbst erweisen. Die Erfahrungen anderer Parteien lehren genugsam die Gefahr, daß Programme entweder Scheuklappen bilden, die den freien Umblick hindern, oder daß sie durch die Anforderungen des Tages überholt und durchbrochen werden.“

Tatsächlich hat die Reichspartei weder ein Programm noch eine Organisation. Ihre Kandidaten werden meist als Mittelparteiler aufgestellt, die dann Unterstützung von allen bürgerlichen Parteien erhalten. Die Programmlosigkeit dieser sonderbaren Partei ermöglicht es ihren Anhängern, im Wahlkampf alle erdenklichen Versprechungen zu machen, die später natürlich nicht gehalten werden. Im Reichstag zählt diese jetzt völlig einflusslose Gruppe nur noch neun Mann.

#### Der „freiwillige Proporz“

spielt zurzeit in der bürgerlichen Presse Elsaß-Lothringens, wo in diesem Jahre die sechsjährige Wahlperiode der Gemeinderäte abläuft und die allgemeinen Erneuerungswahlen stattfinden, eine große Rolle. Dabei wird mit dem Begriff der größte Unfug getrieben: man möchte einen „freiwilligen Proporz“ allenfalls in der Weise, daß sich die bürgerlichen Parteien in die Mandate teilen und daß die Sozialdemokratie, wenn man ihr überhaupt eine Vertretung zugesteht, mit ein paar Mandaten abgefunden wird, die nicht einmal ihrem Stimmenerfolg vor sechs Jahren entsprechen würden. Verhandlungen, die dieses Ziel erkennen lassen, wurden von bürgerlicher Seite in den drei größten Städten des Landes bereits gepflogt. Die sozialdemokratischen Parteiorganisationen in Strassburg und Mühlhausen haben diesen sogenannten freiwilligen Proporz für den ersten Wahlgang natürlich als Unsinn von sich gewiesen. Eine Verteilung der Mandate entsprechend der tatsächlichen Parteistärke könnte nur erfolgen auf Grund der Stimmenergebnisse des ersten Wahlganges, um für den zweiten den Minderheiten die proportionelle Vertretung zu sichern. Ob es dazu kommen wird, hängt von der Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien ab, die aber anscheinend auf diesen realen Boden gar nicht treten wollen.

#### Die Wirkung der Krise auf Arbeitslosenversicherung und Armenbudget.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Konjunktur drückt sich in Mühlhausen i. El. drastisch in der Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Armenunterstützung bei der gegenwärtigen Festsetzung des städtischen Budgets aus. Die Arbeitslosenversicherung ist eingerichtet nach dem bekannten Genter System. Die Stadt Mühlhausen mit rund 95 000 Einwohnern gab in den letzten fünf Jahren, seitdem diese Versicherung besteht, jeweils nur wenig über 2000 Mk. zu diesem Zweck aus: im Budget für 1912 standen 2500 Mk.; tatsächlich aber wurden auf Grund der Versicherungsbestimmungen nur 2260 Mark ausgegeben. Im Budgetjahr 1913, das am 31. März 1914 abläuft, scheint sich die Ausgabe jedoch, ohne daß die Bevölkerung gewachsen wäre, zu verdoppeln, denn es sind jetzt, bis Mitte Februar, schon 4000 Mk. ausgegeben. — Die Ausgaben für Armenfürsorge, die im Budget für 1913 auf 760 600 Mk. beziffert werden, sind jetzt für 1914 auf 845 700 Mk. angesetzt, darunter für Verpflegung mittel-  
lofer Kranker im städtischen Spital und Pfandnerhaus allein 388 670 Mk. gegen 364 000 Mk. im Vorjahre und nur 283 600 Mk. nach der Jahresrechnung von 1912, — eine Steigerung um über 100 000 Mk. oder 37 Prozent in zwei Jahren.

Krug

er Saal.

und

n-

hl

nk.

g

7814

S.

ben.

25 Mk.

band

enburg.

3 1/2 Uhr.

lung.

wahl und

für den

annheim

ist ein

mittee.

retante fort

Herren u.

schube und

ute Sachen

3971

chwab

te 85.

Zum Prozeß der Genossin Luxemburg.

Der Redakteur Henrici von der „Frankfurter Warte“, dessen Artikel den Anstoß zur Anklage gegen die Genossin Luxemburg gegeben hat, ist nicht mit dem anderen Henrici identisch...

Der Gothaer Landtag

Ist zum 12. März einberufen worden. Es wird mit einer kurzen Tagung gerechnet. Im Mai soll dann der gemeinschaftliche Landtag für die beiden Herzogtümer zu einer kurzen Tagung nach Koburg einberufen werden.

Vor einer Reichstagsauflösung

warnen die „Klerikale“, „Schlesische Volkszeitung“. Den durch die Ergebnisse der letzten Reichswahlen (Zerichow, Offenburger) allzu übermäßig gewordenen Konservativen führt sie zu Gemüte, daß eine Reichstagsauflösung doch nicht so leicht zu nehmen sei...

Katholische Lehrer und der Klerus.

Im Großherzogtum Hessen besteht neben dem liberalen Landeslehrerverein, dem etwa 3300 Mitglieder angehören, noch ein circa 1100 Mitglieder zählender katholischer Lehrerverein. Die katholischen Geistlichen des Landes sind fast ausnahmslos Mitglieder des klerikalen Lehrervereins.

Eine Erinnerung.

Dem „Badischen Beobachter“ entnehmen wir folgende niedliche Reminiszenz: Genosse Liebknecht hatte im Abgeordnetenhaus an den Minister des Innern die Frage gerichtet, ob es wahr sei, daß der derzeitige Berliner Polizeipräsident v. Jagow seinerzeit wegen tätzlicher Verleumdung eines Richters zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden sei...

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt. Humoreske von Heinrich Schöffke. (Fortsetzung.) Besuch. Wie gesagt, der Baron von Malzen hielt sich Wort: in der dritten Woche wollte er aber auch den Damen Wort halten. Er ritt mit seinem Jäger nach Nieder-Jahren.

Die Zeitung in ihrer Abendausgabe vom 20. Februar zu der Berliner Meldung von der fraglichen Verleumdung des Polizeipräsidenten v. Jagow folgende Mitteilung macht:

Wir möchten hierzu aus einer Erinnerung bemerken, daß sich in dem Jahre 1885 oder 1886 vor dem Schöffengericht zu Heidelberg zwischen einem Angehörigen des feudalen Korps Szaboarahn und dem Vorherrscher des Schöffengerichts, einem jüngeren Richter, ein schwerer Konflikt abspielte. Der wegen irgend eines nächtlicher Weise verübten Unfalls zur verantwortlichen Vernehmung geladene Student benahm sich derart, daß sich der Richter genötigt sah, ihn zu einem angemessenen Verhalten aufzufordern. Darauf sprang der Student auf den Gerichtsvorherrscher zu und versetzte ihm mit den Worten: „Sie Jammerkrabe“ oder „Sie Jämmerling!“ einen Schlag ins Gesicht.

Ausland.

Belgien.

Wohnungsfürsorge in Belgien. Die Kammer hat in erster Lesung das Gesetz über die Errichtung von billigen Wohnungen angenommen. Die Errichtung dieser Wohnungen wird in die Hand einer staatlichen Gesellschaft gelegt, die mit einem Kapital von 100 Millionen Mark ausgestattet wird.

Frankreich.

Ein neuer Bergarbeiterstreik in Frankreich. Ende Januar beschloß der „neue“ französische Bergarbeiterverband, zum 1. März den Generallstreik zu erklären, wenn das Altersversicherungs-gesetz und einige andere Forderungen bis dahin nicht in einem ihnen genehmen Sinne erledigt seien.

Badischer Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mit den Eingängen bekannt gegeben, daß — endlich — die Regierung bereit ist, die Interpellation Dr. Frank u. Gen. betr. des Waffengebrauchs des Militärs zu beantworten. Die Interpellation wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Massa, der speziell das Vorgunwesen behandelte und der konservative Herr Schöpfle, der sich gegen die Warenhäuser aussprach. Für einen von dem Abg. Göhring (natl.) eingereichten Eventualantrag auf Angliederung der Submissionsämter an die Handwerkskammern spricht der Zentrumsabgeordnete Duffner die Zustimmung seiner Fraktion aus.

35. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Nahrhurst eröffnet die Sitzung um 4.25 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kom. aufäre.

Eingänge. Petitionen: des Verbandes der Vereine mittlerer badischer Staatsbeamten, die Vereinfachung der Staatsverwaltung betr.; einer Anzahl Jagdpächter aus Schillingstadt, Berolzheimer, Hohenstadt, Kupprichshausen, Forberg und Wölschingen um Abhebung der Aenderungen des badischen Jagdgesetzes im Sinne der Verlängerung der Schonzeiten; des badischen Eisenbahnerverbandes um Verbesserung der Lage des Arbeiter- und unteren Beamtenpersonals; des Verbandes süddeutscher Eisenbahner (Süd-Baden) um bessere Regelung der Lohn-, Gehalts- und Dienstverhältnisse der Arbeiter und Bediensteten, sowie des unteren Beamtenpersonals der badischen Staatsbahnen und Bodensee-Dampfschiffahrt; des Vereins der badischen Gefangenenwärter um günstigere Einweisung in den Gefängnisstrafe; der Magazins-Auffseher der badischen Staatseisenbahnen um Einweisung in Klasse J des Gehaltsstarifs; des Verbandes der badischen Grund- und Hausbesitzer-Vereine, die Vermögenssteuerung in den Gemeinden betreffend; der Gemeindeverwaltungen der oberen Steinachtal-Gemeinden und Orte um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn Redarsteinach-Schönwald-Heiligkreuztal; der Vertreter der beteiligten Gemeinden um Einführung eines Automobilsverkehrs von Weiskirchen über Sinsheim, Oettingen, Mingsheim bis zur Rheintalbahn; Eingabe der Beteiligten, womit die Petition um Einführung eines Automobilsverkehrs von Sinsheim nach der Hauptbahn zurückgezogen wird.

Gewerbebeförderung.

Von den Abg. Göhring (natl.) und Gen. ist folgender Antrag eingelaufen: Für den Fall, daß der Antrag Niederrühl abgelehnt wird, wird folgender Antrag gestellt: Die zweite Kammer wolle beschließen, die Regierung zu erlösen, sie möge die Errichtung von Submissionsämtern bei den Handwerkskammern fördern und zu diesem Zweck zur Unterstützung der Handwerkskammern im Nachtragsbudget besonders zur Deckung des sachlichen Aufwands die nötigen Mittel einstellen.

Abg. Kramer (Soz.):

Solange unsere Partei besteht, haben wir die Interessen des Handwerks vertreten. Was das Kleingewerbe in unserem Lande betrifft, so ist statistisch nachgewiesen, daß es noch ziemlich zahlreich vertreten ist. Es bleibt jedoch für das Kleingewerbe immer noch viel zu tun, so daß der badische Handwerkerverband immer noch genügend Arbeit findet, wozu wir ihm besten Erfolg wünschen.

reizenden Knaben sah; und stumm und starr, wie ein Wärmorbild, blieb er unbeweglich auf dem Stuhl.

Die Baronin bemerkte mit Schrecken sein Erblaffen. Sie fragte zitternd, ob ihm nicht wohl sei? — Er schüttelte langsam den Kopf und machte mit der Hand eine Bewegung, daß er nichts verlange. Endlich stand er auf, um sich dem Kinde zu nähern.

Die junge Mutter bog sich zu ihrem Liebling herab und sprach: „Bompejus, gib diesem Herrn das Gändchen, es ist dein Vater.“ Aber die letzten Worte konnte sie nur undeutlich sprechen, denn sie weinte laut.

Der Baron kniete vor dem Kinde nieder, küßte erst das Gändchen, welches es ihm gereicht hatte, und schloß dann den holden Knaben in seine Arme. Des Barons Gesichtszüge blieben zwar unverändert; aber die hellen Tränen perlten über seine Wangen nieder.

„Du, du?“ fragte mit verwunderndem Lächeln der Kleine, und sahte spielend nach dem glänzenden Ufchband des Barons. Dieser zog die kostbare Perlenkette, gab sie dem Kinde, und sagte: „das ist dein!“ küßte das Kind noch einmal, und stand auf, indem er rief: „Da sehe ich mein verlorenes Eden.“

Er stellte sich ans Fenster und starrte hinaus zum Himmel. Der kleine Pompejus sprang zu seiner Mutter, schaute ihr die goldene Uhr, und sagte: „Mutter!“ — Aber Suschen antwortete nichts, sondern weinte nur heftiger.

Der Baron schwieg lange, von der Gewalt der widerspruchsvollsten Gefühle erschüttert. Endlich ging er langsam zur Baronin, stand vor ihr, als hätte er ein schmerzliches Erkenntnis zu tun; sein Auge starr und tränendübel; seine Rippen zuckend, als wolle er sie zur Rede öffnen, als schloße sie der Schmerz; seine Brust in stürmischen Atemzügen fliegend. — Suschen hielt das Gesicht vor ihm abgewandt, in ihr Tuch verhüllt, während ihre linke Hand an dem goldenen Lodenkrause des Sohnes unwillkürlich tändelte.

(Fortsetzung folgt.)

walter wird die Ehre haben, Ihnen den Weg zu zeigen und Sie anzumelden.“ Ihr Kniz sagte ihm, daß er von ihrer Seite verabschiedet sei.

Suschen hatte ihn bei der Ankunft erblickt, und war vor Angst und Schrecken außer sich. Sie lief geschwind im Zimmer umher und wußte nicht, was sie suchen wollte. Indem war er schon von der Kammerjungfer angekündigt und er trat herein.

„Frau Baronin,“ sagte er und ward blaß und rot, und sein Herz sagte: es ist umsonst! sie ist! — „Frau Baronin, Ihre gültige Bewilligung hat mir Mut gegeben. — Mehr konnte er nicht sagen, denn er hatte keine Befinnung behalten.

Suschen stammelte etwas in aller Verwirrung hin, was sie selbst nicht verstand und er zum Glück nicht hörte, denn seine Seele war nur Auge.

Er mußte sich auf einen Sessel niederlassen. Nun entschuldigte er sich, daß er nicht schon vor Tagen und Wochen gekommen. Ein stummes Verneinen des Kopfes war ihre ganze Antwort.

„Nein,“ sagte er lebhafter, „beurteilen sie mich nicht nach meinem Betragen. Es war bei mir nicht Gleichgültigkeit, es war Todeskampf! Ich zitterte, Sie wieder zu sehen. Ich hoffte, mich zu überwinden. Aber — ich bin nun einmal unglücklich.“

„Der Anblick des Kindes wird Sie erfreuen.“ „Ach, Tenere, mich erfreuen! mich! der Anblick des Kindes, das Millionen Vorwürfe in mir weckt, des Kindes, das, statt uns zu verbinden, uns trennt! Denken Sie sich, wenn es Ihnen möglich ist, die Lage eines Verbrechers, der sein Leben darum gäbe, er könnte schullos vor Ihnen stehen.“

„Verzeihen Sie sich. Ich fürchte, Ihre Festigkeit könnte den kleinen Engel von Ihnen zurückföhren.“ Der Baron schwieg lange; aber seine Augen wichen nicht von der geliebten Gestalt. Indem brachte die Kammerjungfer den kleinen Pompejus, der mit ausgebreiteten Armen zur Mutter hüpfte.

Der Baron ward totenblaß, als er den blühenden,

werden kann. Ein Beispiel dafür bietet die Entwicklung der Kleinmüllerei in den letzten 25 Jahren. Wenn wir die Entwicklung der Dampfmaschinen betrachten, die mit den neuesten technischen Errungenschaften arbeiten, so können wir die Schwierigkeiten der Kleinmüllerei verstehen. Gleiches trifft auch für die anderen handwerksmäßigen Berufe zu. Für all dies ist jedoch nicht die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, wie manchmal zu behaupten versucht wird, sondern die technische Entwicklung. Hierdurch wird leider die Not der Handwerker vergrößert. Das Rad unserer Zeit geht leider über alle Wünsche auf Verbesserung der Lage der Handwerker hinweg und die kapitalistische Entwicklung verschlingt die kleinen Existenzen.

Die Entwicklung der Gewerbe- und Handelsschule befindet sich in fortgeschrittenen Bahnen, was wir begrüßen. Erfreulich ist auch, daß eine Vermehrung der Lehrkräfte erfolgt. Mit der Vervielfachung des Lehrpersonals an den Handels- und Gewerbeschulen muß bald ernst gemacht werden, wenn der Mangel an geeigneten Lehrkräften nicht noch größer werden soll. An der Baugewerkschule ist die Schülerzahl gestiegen. Es war früher schon die Rede davon, einen Teil dieser Schule nach Mannheim zu verlegen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Regierung ersuchen, diesem Gedanken ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Besonders bei einem ev. Auscheiden der bauspezifischen Abteilung sollte die diesbezüglichen Wünsche Mannheims berücksichtigt werden. Als größte Stadt des Landes hat Mannheim einen Anspruch auf Erfüllung seiner Wünsche, die sich bei einer Dezentralisation leicht erfüllen ließen. Der Besuch der gewerblichen Ausstellungen sollte in höherem Maße gefördert werden. Derartige Studien haben große Bedeutung für die Ausbildung. Auch den Lehrlingsarbeiten sollte größtmöglichstes Verständnis entgegen gebracht werden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß diese Arbeiten einen lebhaften Ansporn bilden. Den Fachschulen sollte mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Handwerkskammern sollten mehr Propaganda für diese Schulen machen, um die jungen Leute in stärkerem Maße zum Beruf zu veranlassen. Es liegt im Interesse des Klein-gewerbes, daß hier mehr geschieht.

Ein guter öffentlicher Arbeitsnachweis ist eine Vorbereitung für die Arbeitslosenversicherung. Soweit es sich um die Arbeitslosenversicherung handelt, so kann heute schon gesagt werden, daß die Stellung des Klein-gewerbes hierzu mit einer kurzfristigen sein scheint. Denn es liegt auch im Interesse des Klein-gewerbes, daß die Arbeitslosen über den Mittelstand geschädigt würde. Wenn die Arbeiter kein Geld haben, so können sie auch den Mittelstand keine Abnehmer sein. Der Ausbildung der Lehrlinge sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es würde mich interessieren, welche Erfolge die Regierung mit den neuen Verordnungen über die Handwerkerinnen machte. Wenn dadurch die frühere Aus-bildung befristet würde, so wäre das zu begrüßen. Was für das Schneiderinnengewerbe gilt, trifft auch für das Schuh-machereinnengewerbe zu. In der Genossenschaftsfrage be-ruht es merkwürdig, daß die Arbeitergenossenschaften oft be-kämpft werden, während die anderen Genossenschaften gefördert werden. Man sollte beiden Förderung angedeihen lassen; da beide im Interesse der kleinen Leute liegen. Wenn große Fabri-ken Steuern erheben und das Klein-gewerbe damit vernichten, wird nichts gesagt, wenn jedoch Arbeitergenossenschaften ent-standen, so werden sie bekämpft. Es sollten alle Genossenschaften gefördert werden, soweit sie im Volksinteresse liegen. Was die Lehrlingsverhältnisse betrifft, so berührt es merkwür-dig, daß in Mannheim keine solche besteht. Es wäre hier eine Berücksichtigung der größeren Städte erwünscht. Bei der Sta-tistik sollte angegeben werden, welches Gewerbe ein Lehrling lernt, da hieraus Schlüsse auf die Bedürfnisse nach Lehrlingen gezogen werden können. Besonders sollte hierbei das Augenmerk auf das Bäcker-gewerbe gerichtet werden, damit hier eine Lehr-lingsmangel vermieden wird. Auch sonst verdienen die Ver-hältnisse im Bäcker-gewerbe Beachtung, wobei besonders auf die lange Arbeitszeit, schlechte Arbeitsräume usw. hinzuweisen ist. Insbesondere wird hierbei die Gesundheit der jungen Leute oft stark in Mitleidenenschaft gezogen. Besonders in den Kellerbäckereien herrschen schreckliche Verhältnisse; was auch von hygienischen Gesichtspunkten aus sehr bedenklich ist. Erfreulich ist, daß die Handwerkskammern darauf sehen, daß die Meister angehalten werden, den Lehrlingen auch etwas zu lehren, damit sie auch etwas können, wenn die Lehrzeit vorüber ist. In Bayern kommen die jungen Leute schon mit 18 Jahren aus der Schule. Es ist nun vorzuziehen, daß solche Lehrlinge nach Baden kamen und hier um Dispens von der Schule nachsuchten. Im Interesse der Fortbildung dieser jungen Leute sollte jedoch diese Dispens nicht gewährt werden.

Bedauerlich ist, daß unsere Anträge im Reichstag, die auch die Lage der Klein-gewerbetreibenden verbessern sollten, nieder-gelegt wurden. Besonders trifft dies bei der Reichs-ver-ordnungsordnung zu, wo das Zentrum verschiedene Anträge niederstimmte, die eine Sicherung der Verhältnisse der Kleinhandwerker im Falle von Krankheiten usw. hätten bringen sollen. Während unsere Anträge auf Verbesserung abgelehnt wurden, wurde ein verächtlicher Antrag des Zentrumsabgeord-neten angenommen. So gut und legernd sind die Zwangs-versicherung für den Arbeiter gestaltet hat, so gut hätte sie auch für den Kleinhandwerker gestimmt. Es ist daher im Interesse der Kleinhandwerker tief bedauerlich, daß diese Anträge abgelehnt wurden. Die Handwerker befinden sich infolge einer Reihe von Umständen in mißlicher Lage. Es gibt sehr viele Leute, die es bedauerlicherweise dem Kleinhandwerker direkt fühlen lassen, daß er von ihnen abhängig ist. Hier sollten die Handwerker mehr Rücksicht zeigen. Die Klage über die Kreditnot ist sehr berechtigt. Die Versicherungsanstalten sollten den Klein-gewerbetreibenden mehr mit Kredit an die Hand geben. Dieser Sache sollten sich besonders die Handwerkskammern annehmen. Auch die Gefängnisarbeit verdient Beachtung. (Präsident Möhrke: Die Gefängnisarbeit gehört in das Budget des Justizministeriums.) Die Leute sollten im Gefängnis mit der von ihnen gelerntem Arbeit beschäftigt werden. Durch die Ar-beitslosigkeit werden diese Leute dem Verbrechen in die Arme getrieben. Auch aus diesem Grunde sollte die Arbeitslosen-ver-sicherung begrüßt werden. Dem Submissionswesen bringen wir größtes Interesse entgegen. Wenn man dem Klein-handwerker helfen will, muß man auch Opfer bringen. Mit schwebenden Hilfsmitteln ist nichts getan. Was uns notwendig erscheint, um die Lage des Kleinhandwerkers ernstlich zu heben, wird von uns stets unterstützt werden.

Abg. Massa (F. Vp.): Die Ausmüde beim Submissionswesen sollten befristet werden. An der Erhaltung eines leistungs-fähigen Handwerkerstandes hat der Staat ein Interesse. Durch die Errichtung eines Submissionsamtes könnten mancherlei Schäden beseitigt werden. Bei den Gewerbeschulen sollte dem Genossenschaftswesen mehr Beachtung geschenkt werden. Für diese Mehrleistung sollten die Gewerbetreibenden auch mehr unter-stützt werden. Durch die Genossenschaften kann der Groß-einkauf bewirkt werden. Gegen das Vorgewiesene sollte Front ge-macht werden. Durch Einschränkung des Hausierhandels, der Wanderlager und des Detaillierens könnten die Verhältnisse der Kleinhandwerker verbessert werden.

Abg. Schödlke (Konf.): Die Warenhäuser bedeuten eine schwere Schädigung des Gewerbes. Durch ein Submissionsamt wäre ein großer Apparat nötig. Unterbietungen würden damit auch nicht verhindert werden. Die genossenschaftlichen Kon-

jumbereine sind gefährlich. (Zwischenruf: Wie stehts dann mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften?)

Abg. Duffner (Zentr.) will sich auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Dem neuen Antrag Göhring (Nat.) u. Gen. werden wir zustimmen. Die Verbesserung der Lage der Handwerker kann nur erwirkt werden durch eine Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls. Der Staat sollte die Handwerker auf dem Lande berücksichtigen. Infolge der Schmeichelei ist ein Aufschwung der betr. Industrie eingetreten. Der Ausbau der Schule ist notwendig und liegt im allgemeinen Interesse. Die Gleichstellung der Handels- und Landwirtschaftslehre ist zu empfehlen.

Abg. Göhring (Nat.) begründet den Eventualantrag bezüglich der Angliederung des Submissionsamtes an die Handwerks-kammern. Der Antrag wurde eingereicht, da der erste Antrag keine Aussicht auf Annahme hat. Die Anregung hierzu stammte aus den Ausführungen der Regierung in der Kommissi-on. Während das Jahr 1912 ein gutes Wirtschaftsjahr war, brach 1913 vor allem durch die Weltkrisen einen fast völligen Stillstand. Die Schaffung unbegrenzter Arbeitsmöglich-keiten gibt eine Sicherung gegen Arbeitslosigkeit. Unter der Arbeits-losigkeit leiden die Gewerbetreibenden so stark als die Arbeiter. Kein Land der Welt kann sich an sozialpolitischer Fürsorge mit Deutschland messen. Nirgends ist der Arbeiterstand größer als in Deutschland. Es müßte mich deshalb sonderbar an, als vor einigen Tagen von der anderen Seite darauf aufmerksam ge-macht wurde, die Regierung möge sich gegen die Vorkämpfer vom Arbeitgeberlager gegen die soziale Fürsorge wenden. Der Minister sagte vor einigen Tagen, die Gesetzgebungs-maschine muß erst wieder verschlafen. Dies trifft auch für die Unter-nnehmer zu. Man darf diese nicht fortwährend be-lästigen, sonst können sie nicht weiter arbeiten. Wir wollen uns den Gedanken zu eigen machen, daß, wenn die Lasten auf Handel und Industrie immer größer werden, dann der Arbeiter geschädigt werde, weil die Fabriken dann nicht mehr konkurrenz-fähig sein werden. Die Arbeitseinschränkungen beweisen, wie ernst es den Unternehmern mit der Fürsorge für die Arbeiter ist. Für die Ausschreitungen einzelner Unternehmer ist nicht das gesamte Unternehmertum verantwortlich. Das Kapital-macht ist nötig zur Konkurrenzfähigkeit. Das Kapital ist uns nicht hinderlich, wie ein Redner der Sozialdemokratie meinte. Gerade das Kapital fördert uns. Das Vorwärtsstre-ben des deutschen Handels ist zu begrüßen. Der Redner geht auf verschiedene Fragen der Bauverordnungen ein. Es ist zu be-dauern, daß die Mansfelder im 5. Stadtwahl nicht beworben werden dürfen. Der Bibliothek des Landesgewerbeamtes sollte eine landwirtschaftliche Bibliothek angegliedert werden. Der Gewerbe sollte man ein freies Betriebskapital-gewähren. Was die Sonntagsruhe betrifft, so sollte man an den Wünschen der Kleinrentner nicht vorbeigehen und auf den Verlebe von Stadt und Land Rücksicht nehmen. Ein Interesse an dem Mittelstand haben alle Mitglieder des Hauses. Es ist daher zurückzuführen, wenn die Konservativen dieses Ver-dienst für sich allein in Anspruch nehmen wollen. Der Postschutz sorgte für die Kaufkraft der Arbeiterschaft. Wir müssen sehen im Ausland noch große Absatzquellen zu finden. Weiter müßten wir durch Schaffung von Rohstoffquellen versuchen, uns dem Ausland gegenüber unabhängig zu machen.

Eingegangen ist ein Antrag Vanschaach (Konf.) u. Gen. Wohnungsgeld von Rosbach betr.  
Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 1/2 Uhr.  
Fortsetzung der Debatte.  
Schluß der Sitzung: 7 1/2 Uhr.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Februar.

Am Bundesratstag ist der Präsident des Reichs-eisenbahn-amts, Wackerzapp, erschienen.  
Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 2,16 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung eines Titels des Etats des Reichsamts des Innern und zwar der: Neubau für das zu errichtende Reichsarchiv (erste Teil 145 800 Mark). Die Kommission beantragt, den Titel zu freizehen. Da Haus schießt sich dem ohne besondere Abtätigung an.  
Eine Reihe Petitionen zum Etat des Reichsamts erledigt. Es folgt der Etat des Reichs-eisenbahn-amts.

Abg. Prinz zu Schinwid-Garolath (Nat.): Die Werksfüh-er in den Verhältnissen der Reichs-eisenbahnen befinden sich in einer traurigen Lage. (Vizepräsident Dr. Baasche macht den Red-ner darauf aufmerksam, daß diese Frage zum Etat der Ver-waltung der Reichs-eisenbahnen gehört.)  
Abg. Hafenzahl (Soz.): Das Reichs-eisenbahnamt muß für die Verbesserung des Wagenparks sorgen. Das einzig richtige wäre, die Eisenbahnen auf das Reich zu übernehmen. In-jahreszeit könnte verbessert werden, namentlich auf Nebenlinien. Der heutige Zustand ist geradezu ein Schand auf das Zeitalter des Verkehrs. Insbesondere sollte das Reichs-eisenbahnamt seine Aufmerksamkeit auf die Sicherheit des Verkehrs richten. Wir fordern für die Arbeiter das Koalitionsrecht, damit sie sich ihr Recht erkämpfen können.

Abg. Schwabach (Nat.): Das Reichs-eisenbahnamt hat nur eine stille Arbeit zu leisten: die Förderung des Zusammen-schlusses der einzelstaatlichen Bahnen, die Veranschlagung des Betriebs usw. Die Kritik des Vorredners war unberechtigt. Die gezielte Regelung der Dienst- und Ruhezeit begegnet vielen Schwierigkeiten. Wir wollen dazu die in Aussicht gestellte Denkschrift abwarten. Die Frage der Eisenbahnschäden muß baldigst geregelt werden. Der Zusammenbruch der deutschen Eisenbahnen muß weiter gefördert werden. (Weifal.)

Abg. v. Boehn (Konf.): Die Anordnung, daß Schlachtvieh nicht länger als 24 Stunden auf der Bahn befördert werden darf, ist zu begrüßen, schon im Interesse des Tierchuzes. Die Viehtransporte müssen möglichst beschleunigt werden, da die Gefahr der Seuchenverbreitung sonst vermehrt und der Fleisch-wert der Tiere herabgedrückt wird.  
Abg. Haas (F. Vp.): Das Reichs-eisenbahnamt hat eine durchaus gute Wirksamkeit entfaltet. Eine Einheitlichkeit des deutschen Eisenbahnwesens zur Beseitigung der Konkurrenz-kämpfe wäre der allein richtige Weg. Das Projekt liegt sich auch finanziell wohl durchführen, aber die einzelnen Wünsche der Bevölkerung liegen sich dann nicht mehr genügend berück-sichtigen.

Präsident des Reichs-eisenbahn-amts Wackerzapp: Die meisten hier vorgebrachten Klagen sind nur Angelegenheiten der preu-ßischen Eisenbahnverwaltung und unterliegen nicht der Reichs-aufsichtsbehörde. Dahin gehören die Arbeiterentlohnungen und die Festsetzung der Arbeitslöhne. Bezüglich des internationalen Abkommens über den Personen- und Gepäckverkehr ist ein Entwurf aufgestellt worden. Es steht aber noch die Erklärung einer Anzahl von Staaten aus. Ueber die Haftung der Eisenbahnen für Sachschäden wird baldigst eine Vorlage an den Reichstag kommen. Die Frage der Einführung einer selbst-tätigen Sicherheitsbremse wird geprüft und nähert sich der Er-ledigung. Die Unfälle auf den deutschen Eisenbahnen haben erheblich abgenommen. Eine gezielte Regelung der Dienst- und Ruhezeit halte ich nicht für notwendig. Die Frage der Ver-einheitlichung, die hier so oft erörtert worden ist, stehtert an dem Widerstand einzelner Bundesstaaten.

Abg. Speck (Zentr.): Da nach den Erklärungen des Prä-sidenten des Reichs-eisenbahn-amts für absehbare Zeit eine Ver-einheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens nicht zu erwarten ist, erübrigt sich auch eine Denkschrift darüber. Die Erfahrun-gen mit der Güterwagengemeinschaft sind nicht dazu angehan, in uns Bayern die Sehnsucht nach einer Reichs-eisenbahngesell-schaft zu fördern.  
Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. — Schluß nach 17 Uhr.

Berlin, 25. Febr. Dem Reichstag ist folgende Anfrage des Abgeordneten Reil (Soz.) zugegangen: Krebserkrankungen zu-folge sind beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg eine größere Anzahl Mannschaften infolge Genusses gesundheits-schädlicher Wurst erkrankt. Kann der Herr Reichskanzler Aus-sunft geben über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?

### Badische Politik.

Vom Wahlkampf in Offenburg.

Man schreibt uns: Die „Offenb. Ztg.“ behauptet dreifach und gottesfürchtig, daß zwei Drittel der Besucher der Eisenbahner-versammlung am letzten Freitag Zentrums-leute gewesen seien. Das ist aber ein aufgelegter Schwin-del. Tatsache ist, daß die Zentrumspartheileitung Wind von der beabsichtigten Versammlung bekommen hat und ihre Schäflein in die Versammlung kommandierte, zu welchem Zwecke Tage zuvor ein geheime Eisenbahner-versammlung in der „Union“ abgehalten wurde. Zu der von liberaler Sei-te einberufenen Versammlung bestellte man sich dann die drei Hauptmatadore Seibert, Haufer und Professor Birth und als die Hauptlinge des Zentrums mit ihren Getreuen nach 8 Uhr in der liberalen Versammlung eintrafen, waren schon fast sämtliche Klöße von Zentrums-segnern, darunter auch viele Anhänger unserer Partei, besetzt. Der schöne Plan war also vorzeitig geplatzt, die Größen konnten nur als Diskussionsredner auftreten und da konnte man als stiller Beobachter eine sehr bemerkenswerte Beobachtung machen. Während nämlich die Redner des Zentrums un-behelligt reden konnten, war es bei den liberalen Rednern anders. Hier konnte man einen kleinen Begriff von der Zentrums-„Toleranz“ und „Bildung“ bekommen. Stür-mischer Lärm und Zwischenrufe folgten hintereinander. Man glaubte sich manchmal in einer Menagerie zu befin-den. Von jungen Leuten die noch nicht wahlberechtigt sind, wurden die blödesten Zwischenrufe gemacht. Als Herr Muier die Zentrumsgrößen aufforderte nun mit ih-ren Anklagen gegen ihn herauszutreten, um Aug in Aug frei und offen zu bekennen, da war es ganz still. Kein ein-iger konnte etwas vorbringen. Solches Verhalten charak-terisiert zur Genüge das Wesen dieser Partei und ihre Agi-tation, die nur mit Lüge und Verleumdung ihre Gegner bekämpft. Ein betrunkener Zentrumsmann der die Ver-sammlung schon von Anfang an hörte, wurde schließlich so rabiat, sodaß er an die Luft gekickt werden mußte. Davon weiß freilich die „Offenb. Ztg.“ kein Wort zu berichten. Der neugeborene Reichstagsabg. Birth glaubte an die Gefühle der Sozialdemokraten appellieren zu müssen, in-dem er auf die Reichstagswahl in Zerichow anspielte und die Haltung der Freisinnigen kennzeichnete; er glaubte offenbar damit für seinen Freund Haufer Geschäfte zu machen. Er wird aber sehr wohl nicht mit dem erreichen, denn so dumm sind unsere Leute doch nicht, daß sie auf die Sirenenklänge des Zentrums hereinfallen. Viel Staat kann also das Zentrum mit seiner mißglückten Aktion nicht machen. Was würde wohl das Zentrum dazu sagen, wenn sich Zentrumsgegner in der „Union“ so betragen hätten, wie seine Leute in der liberalen Versammlung?

Die Hege der Geistlichen im Wahlkampf macht sich immer mehr bemerkbar. Das „Offenburger Tag-sblatt“ vom 23. ds. Mts. bringt in einer Nummer gleich zwei öffentliche Erklärungen von Lehrern gegen katholische Geistliche, eine solche des Herrn Musiklehrers Mandel gegen den Pfarrkuraten Karle in Offenburg und eine solche des Hauptlehrers Adolf Grundel gegen den Pfarrer Romer in Diersburg, in denen sich beide gegen Uebergriffe von Seiten der Geistlichen wehren müssen.

In der letztgenannten Erklärung bzw. offenen Brief an Pfarrer Romer in Diersburg heißt es u. a.: „Zum zweiten Male behaupten Sie, daß der gleiche Schulbus, der die liberalen Flugblätter austrug, auch die sozialdemokratischen Zettel bejorgte. Wenn man eine Unwahr-heit zweimal ausspricht, so wird sie deshalb nicht wahrer. In dieser Angelegenheit hätten Sie sich leicht überzeugen können, daß Ihre Behauptung nicht wahr ist, daß Sie es nicht getan haben, läßt die Vermutung aufkommen, daß es Ihnen lediglich darum zu tun ist, ihrem unbequemen politischen Gegner eins zu verrecken. Ich darf deshalb schon an dieser Stelle konstatieren, daß Sie sich zweimal in der leichtfertigen Weise gegen das 8. Gebot verstoßen haben. Um mich bei meiner Behörde in ein schiefes Licht zu bringen, suchen Sie mich für die an der Landtagswahl 1909 in Diersberg abgegebenen 78 sozialdemokratischen Stimmen verantwortlich zu machen. Aber damit ist es nichts. Das hat mit meiner Schnaps- und Tabak-steuer das Zentrum getan.“

„Daß Sie auch noch bestreiten, den Unterzeichneten noch nie in der Predigt angegriffen zu haben, ist bei Ihrer Vir-tuosität, die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren, nicht mehr verwunderlich. Ich will aber Ihr Gedächtnis etwas mehr auffrischen. Kaum hatten Sie mich durch Ihre fort-währenden, durch die Bürgermeisterwahl veranlaßten persön-lichen und politischen Etchelen aus der Kirche hinausge-trieben, so sagten Sie von der Kanzel herunter: „Es gibt Leute, die haben die Kirche auf der Nase droben und gehen nicht hinein, es sind nichts anderes als bessere Tiere, die auch ihrer Nahrung nachgehen wie die Tiere, aber der Achtung ihrer Mitmenschen nicht würdig sind.“ Einige Sonntage später apostrophierten Sie mich in folgender Weise: „Es gibt hier noch unabhängige Bauern, die bilden sich etwas ein, wenn ein besserer Herr mit Stehtragen und hinaufgestelltem Schurzbar zu ihnen kommt.“ Sie werden nun wohl er-widern, Sie hätten mich damit nicht gemeint und meinen Namen nicht genannt. Aber darauf kommt es gar nicht an, sondern die Auffassung der Zuhörer dürfte entscheidend sein. Auch den Bürgermeister griffen Sie an mit den Worten: „Es gibt Leute, die drei Jahre beim Militär waren, und als Unteroffiziere entlassen wurden, aber sie waren nach ihrer Entlassung doch noch keine Männer.“ Diese Voraussetzungen treffen hier nur beim Bürgermeister zu. Ein naiver Zen-trumsmann meinte, als von diesem Angriff auf den Bürger-meister die Rede war: Da hat der Pfarrer auch den Grundel gemeint.“

Sie haben mich in der diesjährigen Reichstagswahlkampagne ohne die geringste Veranlassung dreimal angegriffen, bis ich der Not gehorchend, Antwort gab. Meiner politischen Aufklärungsarbeit schreiben Sie es zu, daß in Diersburg die liberalen Stimmen in 6 Jahren von 67 auf 113 stiegen. In dieser Tatsache ist der Grund Ihrer Angriffe zu suchen. In Offenburg Land ist es Tradition geworden, daß nur der Pfarrer in Politik macht. Ich verspreche Ihnen deshalb zum Schluß, Herr Pfarrer, daß ich in Saß und Asche Ruhe tun will, daß ich fern, um die Ruhe meiner Tage nicht aufs Spiel zu setzen, mein liberales Rühmlein rechtschweifend lasse, mitten ins Schwarze Meer hinein. Dann wird allenthalben Freude herrschen im schwarzen Lager über den politischen Paulus. Dann darf ich agitieren und politisieren nach Herzenslust. Ich werde statt "kreuzige ihn" "Gottanna-Rufe hören. Ihr ergebener Adolf Grundel, Hauptlehrer."

Sehr richtig! Wenn ein Lehrer in der schwarzen Volksparteipolitik sich betätigt, dann ist alles recht. Sobald es aber Zentrumsgegner sind, dann schreit gleich der ganze Chorus: Steinigt ihn!

In Sachen Lokomotivführer Wolter schreibt man uns: In der gestrigen "Offenb. Ztg." bringt Lokomotivführer A. Wolter, der bekanntlich am letzten Freitag in der fortschrittlichen Versammlung sich unliebsam bemerkbar machte, sodas er schließlich an die frische Luft gehen werden mußte, eine Erklärung, die aber nicht in allen Teilen richtig ist. Er gibt zu, betrunken gewesen zu sein und auch Zwischenrufe gemacht zu haben. Er sei aber nicht gegen Herrn Muser vorgegangen, sondern sei von zwei Herren vorgezerrt worden. Diese Darstellung des Herrn Wolter ist unwahr. Als Teilnehmer an der Versammlung habe ich gesehen, wie Wolter gegen die Tribüne ging, und sich schon auf denselben befand, als er mit erhobener Hand gegen Herrn Muser losgehen wollte, aber zurückgerissen und hinausgestellt wurde. So trug sich der Vorfall zu. Ein Messer habe ich keines bei ihm gesehen. Das Verhalten Wolters war aber schon von Anfang an, als er noch nicht betrunken war, ein ungebührliches und herausforderndes, sodas er wiederholt von seinen Nachbarn zur Ruhe gewiesen wurde. Man sah aber schließlich ein, daß man es mit einem fanatischen, unbeherrschbaren Menschen zu tun hatte. Auf solche Leute kann das Zentrum wahrlich nicht stolz sein. Außerdem waren noch einige da, die sich durch lästige Zwischenrufe fortwährend bemerkbar machten. Die "Offenburger Zeitung" hat also gar keinen Grund, diesen Fall zu beschönigen.

**Zentrumsdemagogie.**

In der Zentrumsversammlung, welche am Samstagabend im "Jähringer Hof" stattfand, ergriff auch der noch sehr jugendliche Eisenbahnassistent Eisheuer, welcher sich auch in der Kaspshalle in der fortschrittlichen Versammlung durch viele Zwischenrufe unliebsam bemerkbar machte, das Wort. Er führte nach der "Offenb. Ztg." aus: "Ist es nicht bezeichnend und erstaunlich, daß Herr Lokomotivführer Krebs, selbst ein Beamter, gegen die Kandidatur Sauer agitiert?" Mit Verlaub, Herr Eisheuer, wo bleibt hier, weil Krebs anderer Meinung ist, das Recht auf die Freiheit des Staatsbürgers, wovon die Zentrumsprelle immer fahelt? Sage die Sache umgekehrt, dann würde die "Offenb. Ztg." Peter und Morio schreiben über liberale Beamtenbrutalität. Würde Krebs für Sauer agitieren, dann würde Herr Eisheuer das als ganz richtig finden.

Weiter sagte der Redner: "Wohlan, wählen wir den Zentrumsmann Sauer, der für ausgleichende Gerechtigkeit aller Stände eintritt." Herr Eisheuer kennt anscheinend die Vergangenheit des Zentrums auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete nur aus den Zentrumsreden und der schwarzen Presse, sonst würde er kein solches Zeug sagen. Wo hat das Zentrum oder der Schnapsblock bei der Finanzreform, die auf allen Gebieten dem armen Manne die Lebensmittel verteuerte, "ausgleichend" gewirkt? War das auch ausgleichend, als das Zentrum gegen die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre stimmte? Oder als das Zentrum im Landtag gegen die Arbeitslosenversicherung stimmte? Ferner als es in der Landtagsperiode 1909/10 gegen die Weiterzahlung des Lohnes an ledige Arbeiter während militärischer Übungen stimmte? War es auch "ausgleichend" Gerechtigkeit, als das Zentrum stimmte am 10. März 1911 gegen die Erhöhung der Postunterbeamtengehälter; am 12. Juli 1909 gegen die Gehaltserhöhung der Landbriefträger, Schaffner usw.; am 15. Februar 1911 gegen die Heizerzulagen beim Reichsmarineamt; am 13. Mai 1911 für die Entziehung der Landarbeiter bei den Landfrankenkassen; am 31. Januar 1911 für die Freilassung der Fürsten bei der Wertzuwachssteuer; am 27. März 1906 für die Bevorzugung der Fürsten bei der Erbschaftsteuer usw. usw.

Den Ärmsten wurden immer mehr neue Lasten aufgebürdet und jeder Pfennig Brot verteuert. Und bei solchen Zentrumskatzen hat Herr Eisheuer noch die Stirn, von "ausgleichender" Gerechtigkeit des Zentrums zu sprechen.

**Wieder eine schwarze Denunziation.**

Der "Badische Beobachter" schreibt in seiner Sonntagsnummer: "In einem Dorf Gr. bei Offenburg ist der liberale Führer selbst Wirt, zugleich aber auch Vorstand des Militärvereins. In dessen Lokal haben nun die Sozialdemokraten in letzter Zeit zwei Versammlungen abgehalten. Hier scheint demnach die Sozialdemokratie kein Feind des "Militarismus" zu sein, wenigstens hört man nichts davon, daß der Militärvereinsvorstand sich beim Verbandspräsidium über die Abhaltung der sozialdemokratischen Versammlung in seinem eigenen Lokal beklagt hat." Es wird bald nötig sein, daß der "Badische Beobachter" ein eigenes Ressort für Denunziation einrichtet, damit die schwarze Schnüffel- und Denunziationstätigkeit noch großzügiger und betriebsmäßiger erledigt werden kann.

Wie das Zentrum Fehltritte der Geistlichen schämt, dafür erbringt eine Korrespondenz der "Straßburger Post", welche dem nationalliberalen Blatte aus Karlsruhe zugegangen ist, einen klaffenden Beweis. Kultusminister Böhm hat in einer Kommissionsitzung der zweiten Kammer sich dahin ausgesprochen, daß katholische Geistliche, die bei ihrem Eintritt in den höheren Schuldienst nicht völlig

aus der bischöflichen Jurisdiktion ausscheiden, auf eine endgültige Verwendung im Staatsdienst nicht mehr zu rechnen hätten.

Der Standpunkt des Ministers ist durchaus verständlich, wenn man sich den Fall vergegenwärtigt, mit dem der Minister seine Haltung begründet hat. Ein katholischer Geistlicher, der zugleich als Staatsbeamter im höheren Schuldienst tätig ist, wurde von der Kirchenbehörde wegen eines sittlichen Vergehens gemahnet, ohne daß die Staatsbehörde davon ein Wort erfährt. Erst als der gleiche Geistliche den Antimoderniseneid verweigerte, ließ sich die Kurie dazu herbei, dem Staat über die sittliche Verfehlung Mitteilung zu machen. Worin dieselbe bestanden hat, ist der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Die Tatsache aber, daß sie die Entlassung aus dem Staatsdienst zur Folge hatte, legt den Schluß nahe, daß es sich um eine ziemlich schwere, dem Ansehen des Amtes und Standes sehr abträgliche Verfehlung gehandelt haben muß.

Man darf daher billig erstaunt darüber sein, daß die Vertreter des Zentrums in der Kommission den Mut besaßen, das Vorgehen der Kurie zu verteidigen und jede Anzeigepflicht zu bestreiten. Das Zentrum hat mit dieser auffälligen Stellungnahme von neuem bewiesen, daß es nichts anderes sei als eine Schutztruppe für liberale Interessen, deren höchste Aufgabe darin besteht, die jeweilige Politik der Kurie im ganzen wie im einzelnen parlamentarisch dem Staat gegenüber zu vertreten.

**Von den Streckenarbeitern.**

Ein großer Teil des Eisenbahnpersonals hat seine Laufbahn als Streckenarbeiter begonnen; mit Bichel und Stopfhade bewaffnet, ist es bei jedem Wetter mit Schwellen, Schienen und Schottersteinen im Kampf geblieben. Die Erinnerungen an diese Zeiten sind nicht gerade die rosigsten des Eisenbahners und werden sichtlich getrübt bei dem Gedanken an die Lohnverhältnisse der Streckenarbeiter.

Unjere Eisenbahnverwaltung hat es von jeher an der nötigen Sorge, die Löhne dieser Arbeiter auf der denkbar niedrigsten Stufe zu halten, nicht fehlen lassen. Man fragt sich: Mit welchem Recht? Den gedankenlosen Spaziergängern, die mit ihrem abfälligen Urteil beim Anblick einer arbeitenden Kette von Streckenarbeitern so schnell bei der Hand sind und gar so gern, falls sich einige der Arbeiter auf ihre Werkzeuge stützen, auf diese hinweisen mit der Bemerkung: "Seht doch die Staatsbummeler!" sei empfohlen, nur für eine Stunde mit der Stopfhade zu arbeiten. Vielleicht haben diese Herrschaften schon einmal in ihrem Garten einige Stunden mit Umgraben zu tun gehabt und sind nachher mit schmerzenden Rücken davongelommen; die Vorstellung, daß es Leute gibt, die dieser Arbeit neun und noch mehr Stunden täglich obliegen, wie z. B. die Streckenarbeiter, dürfte das Ausruhen dieser Arbeiter als berechtigt gelten lassen.

Die aufwendende Tätigkeit der Streckenarbeiter in das richtige Licht zu rufen, ist eine dankbare Aufgabe. Der gerechte Anzug, die wetterharten Gesichter dieser Leute reden eine gar deutliche Sprache, noch mehr aber die schweißigen und zerkrümelten Hände, die davon Zeugnis ablegen, daß das einmündige und doch anstrengende Unterföhagen der Schwellen und Schienenstücke müssen oft große Strecken getragen werden. Zur Sommerzeit sind diese eisernen Materialien so heiß, daß an den Händen Blasen entstehen und im Winter bringt die scharfende Kälte durch die dicken Handschuhe hindurch, daß die Hände springen und die Haut sich in Fäden löst.

Alle Bemühungen der Organisation des Eisenbahn- und Postpersonals, wenigstens durch eine einigermaßen erträgliche Dienstzeit die schwierigen Arbeits- und schlechten Lohnverhältnisse auszugleichen, sind bis heute nur wenig von Erfolg begleitet gewesen. Die Eisenbahnverwaltung betrachtet die Stellung der Streckenarbeiter als Lebergangsstellung zu höheren Posten, obwohl nichts dem dienlichen Interesse im Bahnbau mehr schadet, als ein steter Wechsel des Streckenpersonals. Der Bahnbau stellt auch an die Arbeiter mehr Anforderungen als vor 20 Jahren; es gehört Erfahrung und Verständnis zu dieser Tätigkeit, wenn wirtschaftlich gearbeitet werden soll. Aus dieser Erkenntnis heraus veranlassen untergeordnete Organe dieses Dienstzweiges — Bahnmeister und Kottenführer — die Streckenarbeiter oft, beim Bahnbau zu bleiben, zum Schaden der Strecken, die nun über den Höchstlohn für Arbeiter nie hinauskommen und ihre gleich älteren Kollegen im Bahnbauwachsdienst, Werkstattdienst, Fahrtdienst usw. um ihre Beamtenstellung beneiden. Ein anderer Teil ist bei der Strecke geblieben, weil infolge ungünstiger dritlicher Verhältnisse oder infolge Farben-untauglichkeit ihnen eine andere bessere Laufbahn bei der Eisenbahn verschlossen blieb. Diese älteren Streckenarbeiter sind ganz übel daran: Lange und harte Arbeit, schlechter Lohn und keine Aussicht auf spätere Vorrichtung. Und dies — ohne Selbstverschulden.

Die übrigen Streckler sind nicht auf Rosen gehalten. Mit nur wenigen Ausnahmen sind sie lange Jahre im Bahnbau tätig ohne Bezahlung für Sonn- und Feiertage, sofern sie nicht zur "Stammansicht" gehören. Mit der Einrichtung der Stammansichten hat unsere Eisenbahnverwaltung unter dem Streckenpersonal mehr Antriebe gemacht, als Segen gesendet. Ein Teil bekommt Bezahlung für alle Tage des Jahres — ein anderer nur für die Werktage. Glaubt denn die Eisenbahnverwaltung im Ernste daran, daß dieser Zustand die Arbeiterschaft zufrieden stellen könne? Siehen Sie die damit erzielten Ersparnisse auch nur im entferntesten im richtigen Verhältnis zu dem Umfang an Erbitterung, die durch dieses "zweierlei Maß" unter den Strecklern hervorgerufen wird?

Die Eisenbahnarbeiter sind in ihren Forderungen nicht unerfüllbar. Es müssen sich Normen finden lassen, die der Sparfamkeit der Eisenbahnverwaltung Rechnung tragen, ohne in den Streckenarbeitern das Gefühl zu erzeugen, als solle an Großen des armen Mannes vor allem gespart werden. Hier heißt es mit fester Hand alte Verhältnisse aufräumen. Der Streckenarbeiter von heute ist nicht mehr der "Affordant" von früher, der nur so nebenbei als Eisenbahner sich fühlte und in der Hauptsache Landwirt war. In der Landwirtschaft ist heute nur für den richtigen Bauer ein Auskommen, der mit Ernst und Eifer sein Feld bebaut, nicht aber für den abgearbeiteten Streckler. Diese Erwägungen sollte die Generaldirektion anstellen und sich mehr vom rechtlichen und menschlichen Standpunkt leiten lassen.

Wir sind der Auffassung, daß das Ministerium und auch die Generaldirektion manchmal das Richtige wollen; oft sind es aber die Begünstigten und die Dienststellen, die in ihrer Kurzsichtigkeit "frömmen wie der Papst" sein wollen. Ein schlagender Beweis bildet die Art der Durchführung der neuen reichseisenbahnamtlichen Bestimmungen über Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals. Es soll doch damit eine Dienstvereinfachung für das Personal angestrebt werden. Hauptächlich soll das Personal die Wohltaten von 2 Ruhetagen von je 24stündiger Dauer genießen. Zur Durchführung muß da doch mehr Personal benötigt werden.

Vielleicht läßt die Generaldirektion über den nötigen Personalaufwand etwas verlauten; wir empfehlen ihr allen Ernstes den Bezirks- und höheren Dienststellen bei der Durchführung

der neuen Bestimmungen auf die Finger zu sehen, die in überaus kleinlicher Weise dem Buchstaben nach die Bestimmungen durchzuführen, aber mit demselben Personalaufwand, indem sie einfach Verschiebungen in den Dienstjahren vornehmen.

Das erbärmliche Handwerk kommt diesen Herren gar nicht zum Bewußtsein. Sie handeln nicht im Sinne des Gesetzgebers und schädigen die Interessen ihrer um nur einige Stufen des Gehaltstanzes tiefer stehenden Eisenbahnkollegen. Soziales Empfinden sollte da oben von oben her eingepfist werden.

**Die Bevölkerungsbewegung in Baden.**

Wie gewöhnlich ist auch im Jahre 1912 nach den statistischen Mitteilungen die Geburtenziffer im Oberland geringer als im Unterland. So finden sich bei den Geborenen überhaupt von den oberländischen Bezirken nur in Donaueschingen, Meßkirch, Stodach, Willingen, Oberkirch und Wolfach über den Landesdurchschnitt (28,5 auf 1000 Einwohner) hinausgehende Verhältnisse, sämtliche anderen Bezirke des Oberlandes haben eine geringere Geburtenziffer. Dagegen ist in 18 unterländischen Bezirken diese Verhältniszahl höher als im Großherzogtum im ganzen. Die Zahl der unehelich Geborenen ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der Geborenen in den Amtsbezirken mit den größeren Städten — Heidelberg, Freiburg (wegen der staatlichen Entbindungsanstalten), Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim — außerdem in einem oberländischen und zwei unterländischen Bezirken höher als im Großherzogtum (8,59 der Geborenen überhaupt). — Bei den Lebendgeborenen übersteigen 24 Amtsbezirke die durchschnittliche Verhältniszahl des Großherzogtums (27,8 auf 1000 Einwohner); davon gehören nur 6 dem Oberlande an. — Die Verhältniszahl der Lebendgeborenen ist in 12 oberländischen und 10 unterländischen Bezirken ungünstiger als im Lande durchschnittlich (25,9 Proz. der Geborenen). Der Bezirk Sinshelm hat die höchste (ungünstigste) mit 3,99, der Bezirk Meßkirch mit 0,88 Proz. die niedrigste Lebendgeborenenziffer. Die Geborenen ohne Totgeborenen sind in 18 oberländischen und 14 unterländischen Bezirken mit einer höheren Verhältniszahl vertreten als das Großherzogtum im ganzen (15,8 auf 1000 Einwohner); Eitenheim mit 20,2 nimmt den ungünstigsten, Durlach und Adelsheim mit 13,5 den günstigsten Platz ein. — Die Säuglingssterblichkeit schwankt zwischen 21,0 Proz. (Bruchsal) und 6,0 Proz. (St. Blasien) der Lebendgeborenen. Dies zeigt das Oberland günstigere Verhältniszahlen als das Unterland. Von 18 Amtsbezirken, die eine höhere Säuglingssterblichkeit verzeichnen als das Land im ganzen (13,8 Proz. der Lebendgeborenen), sind 6 Bezirke oberländisch. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen ist in 21 Amtsbezirken größer als im Landesdurchschnitt (12,2 auf 1000 Einwohner), darunter sind 6 oberländische. Hier zeigen die Amtsbezirke Schwaningen (22,7 Proz.), Durlach (18,0 Proz.) und Eittingen (17,6 Proz.), überhaupt die untere Rheinebene und das begleitende Hügelland, die höchsten, die Bezirke St. Blasien (8,8 Proz.), Staufen (6,5 Proz.), Müllheim (6,1 Proz.), Engen (6,3 Proz.) bzw. der südliche Schwarzwald, das obere Rheintal und die See- und Donauebene die niedrigsten Verhältniszahlen. — Die Eheschließungsziffer ist in den unterländischen Bezirken zusammengekommen günstiger als im Landesdurchschnitt, bzw. Oberland (7,78 gegen 7,21 bzw. 6,71 auf 1000 Einwohner), von den 13 Amtsbezirken, die eine höhere Heiratsziffer als das Großherzogtum aufweisen, sind 5 oberländische. Hier stehen die Bezirke mit den großen Städten und letztere meist selbst an der Spitze und beeinflussen die Verhältniszahlen. Fast man diese Tatsachen zusammen, so ergibt sich, daß die nördliche Landeshälfte mehr Geborene und wegen der verhältnismäßig hohen Sterblichkeit der Neugeborenen auch mehr Sterbefälle hat als die südliche Landeshälfte; gleichwohl war im Unterland im allgemeinen der Geburtenüberschuß größer als im Oberland. In 19 größeren Städten des Landes treten diese Unterschiede noch deutlicher hervor. In Karlsruhe kommen auf 1000 Einwohner nur 18,4 Geborene, in Singen dagegen 29,4, Sterbefälle weist Heidelberg 20,5 auf, Karstadt dagegen nur 15,5 auf 1000 Einwohner. Karstadt hat die niedrigste Ziffer der Heiraten (4,80 auf 1000 Einwohner), während Singen eine mehr als doppelt so große Verhältniszahl (11,25 auf 1000 Einwohner) zeigt. Ähnliche Gegenfälle finden sich noch bei den unehelichen Geburten; in Heidelberg wurden z. B. 32,77 Proz. in Bruchsal dagegen nur 4,33 Proz. familiärer Geborener aufgeführt. Totgeborenen wurden in Rehl 1,52 Proz. in Heidelberg 4,70 Proz. Während in Eittingen der Geborenenüberschuß auf 1000 Einwohner 24,8 betrug, war in Emmendingen ein Geborenenüberschuß von 4,2 vorhanden.

**Kommunalpolitik.**

k. Bürgerausschussführung in Wolfartsweier. Die kürzlich hier stattgefundene Bürgerausschussführung hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Beratung des Voranschlags für das Jahr 1914. Der Voranschlag wurde ohne Debatte einstimmig genehmigt. 2. Uebernahme des Schulgeldes auf die Gemeindegemeinschaft. Dieser Antrag wurde von uns schon mehrere Jahre gestellt, jedesmal aber abgelehnt; nunmehr haben sich aber unsere Bürgerausschussmitglieder von der Notwendigkeit dieses gerechten Antrags überzeugt, denn nachdem der Bürgermeister unseren Antrag zur Annahme empfohlen hatte, wurde demselben einstimmig zugestimmt. 3. Eröffnung eines Schülerbades. Auch dieser Antrag wurde von unserer Seite schon mehrmals, jedoch erfolglos, gestellt. Bei der diesmaligen Beratung wurde von mehreren Mitgliedern betont, man möchte, wenn in dieser Angelegenheit etwas gemacht würde, gleich ganze Arbeit machen und ein Bad für die Allgemeinheit errichten. Mit diesem Antrag wären wir selbstverständlich einverstanden, da aber für ein solches Bad in diesem Jahre die Mittel nicht vorhanden sind, soll die Angelegenheit noch einmal verschoben werden. Der Punkt wurde mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Wir hoffen nun, daß diese Gelegenheit im nächsten Jahre erledigt wird, und jene Bürgerausschussmitglieder, die die weitergehenden Vorschläge gemacht haben, auch mit dafür Sorge tragen, daß diese wichtige Angelegenheit endlich einmal zum Nutzen der hiesigen Einwohner erledigt wird.

\* Kleine kommunale Mitteilungen. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses in Döllstein wurde der Voranschlag für 1914 genehmigt. Der Schulhausneubau mit einem Kostenaufwand von 42 000 M. machte eine Erhöhung der Umlage von 33 auf 36 Pfg. notwendig. Die Aufwendungen für Ortsarzneien haben hier die Höhe von 2000 M. erreicht. Bei der Bürgermeisterwahl in Reicholzheim wurde Gemeinderat Martin Schlor gewählt.

**Aus der Partei.**

\* Das staatsgefährliche Arbeiterlied. Die Amtshauptmannschaft Pittau i. S. hatte den Vorhaben der Arbeiterabfertigungsgruppe zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er die nicht vorhandenen Statuten der Gruppe nicht einreichen konnte. Ein Arbeiterlied, das die Arbeiterabfertiger auf einem Ausflug gesungen hatten, war der Gruppe als "politische Agitation für die Sozialdemokratie" angekreidet worden. Das Schöffengericht und jetzt auch das Landgericht bekräftigten die Strafverfügung und damit die Ansicht der Amtshauptmannschaft, daß die Gruppe "politisch" ist.



1. Verbesserung der Abwasserhältnisse im alten Gewerbeschulgebäude, Zirkel.

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

2. Kanalisation mehrerer Straßen im Stadtteil Weiertheim und der Hirschstraße zwischen Schmecker- und Reichsstraße.

Stadtv. Weber bittet um Durchführung der Hirschstraße bis nach Weiertheim. — Bürgermeister Dr. Paul erklärt, daß der Stadtrat auch diese Absicht habe, aber das Umlegungsverfahren sei mit großen Schwierigkeiten verknüpft. — Stadtv. Braun trägt Straßenbeschwerden vor. Die Verbindung Weiertheims mit der Stadt sei miserabel. — Bürgermeister Dr. Paul erwidert hierauf.

Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

3. Herstellung der Kotted. und Umbau der Ruppurrerstraße.

Die Vorlage betrifft einige Ergänzungen, besonders bezüglich der Straßenkosten zu der bereits am 26. September 1913 Vorlage betreffend die Herstellung der Kotted. und Umbau der Ruppurrerstraße erging. Der Stadtrat beantragt nunmehr, die Eigentümer der an die Kottedstraße grenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen, sowie die Eigentümer der an die Ruppurrerstraße zwischen Nebenius- und Kottedstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die durch die Verbreiterung der Straße entstehende Geländekosten zu ersetzen; schließlich wird noch die Zurückweisung zweier Einsprüche, Häreerei Prinz und Frau Mannherz Witwe, beantragt.

Stadtv. Sauer empfiehlt seitens des Stadtv. Vorst. die Annahme der Vorlage, bittet aber, daß der Umbau rasch vor sich gehen möge. — Die Vorlage wird ebenfalls einstimmig angenommen.

4. Herstellung der Lühwstraße zwischen Pfauen- und Kiebitzstraße im Stadtteil Ruppurr.

Auch hier handelt es sich um Erhebung der Straßenkosten seitens der Angrenzenden.

Stadtv. Sigmund hebt hervor, daß es notwendig wäre, daß auch die Pfauenstraße durchgeführt würde, damit die Kinder, die von Norden kommen, ohne Umweg zu der Schule gelangen können. — Stadtv. Vermann bittet, daß auch die Müllabfuhr in dieser Straße genau so durchgeführt werde, wie in der Stadt. Die dortigen Bewohner haben keine Landwirtschaft, sie wissen nicht, wohin sie mit dem Müll sollen. — Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtv. Bohraus wird die Vorlage einstimmig angenommen.

5. Umbau der Kaiserallee.

Die Fahrbahnen sind derart abgenutzt, daß sie alsbald mit neuer Deckung versehen werden müssen. Um den Mißstand, daß es infolge der nicht beachteten Verlegung des südlichen Bahngleises an einer geeigneten Anfahrt für die Häuser auf der Südseite fehlt, zu beheben, soll von der Fläche zwischen der südlichen Bauflucht und der nächsten Baumreihe, die eine Breite von 9,5 Meter hat, ein weiterer Fahrweg in Breite von 5 Meter entlang der südlichen Baumreihe abgetrennt werden, der durch Granitbordstein von Gehweg geschieden wird. Es ist dazu nötig, daß die vereinzelt vorhandenen Vorgärten beseitigt werden und die noch in Privatbesitz befindlichen Geländestreifen in den Besitz der Stadt übergehen. Da diese Fahrbahn lediglich im Interesse der Anlieger hergestellt wird, so soll sie nur in den Baukosten hergestellt werden, in denen sich sämtliche Anlieger zur unentgeltlichen Abtretung des Vorgartengeländes verstehen. Die Hauptfahrbahn, zurzeit 9 Meter breit, soll auf 7,50 Meter verengt werden. In der Straße zwischen Westend- und Leisingstraße, soll die Straßenbahn inmitten der Fahrbahn verlegt werden. Für eine besondere Radfahrbahn wird ein Bedürfnis nicht anerkannt. Die Hauptfahrbahn soll mit Granitpflaster gedeckt werden. Die neue Fahrbahn auf der Südseite soll mit Walzspalt oder Tarmasphalt gedeckt werden, ebenso die nördliche Fahrbahn. Inklusiv einiger weiterer mit in Verbindung stehenden Ausführungen beträgt der Aufwand 494.430 Mk.

Es ist ein Antrag des Stadtv. Neumeister u. Gen. eingelaufen, in dem verlangt wird, daß das Straßenbahngleise auf die südliche Seite verlegt wird, ferner Asphalt zur Deckung verwendet wird, sowie verschiedene weitere Änderungen. — Bürgermeister Dr. Paul begründet die Vorlage und bespricht die verschiedenen weiter vorgeschlagenen Projekte. Was die Befestigung der Vorgärten betreffe, so gelte das nur, wenn die Eigentümer die Errichtung einer Fahrbahn wünschen. Diese Garten machen übrigens einen kümmerlichen Eindruck. Auch für die Weiterverlegung der Fahrbahn der Straßenbahn von den Bäumen sei kein Bedürfnis, der Bahnkörper wird übrigens, wenn er mit Gras bewachsen ist, leicht zu sehen sein. Was die Deckung anbelange, so sei Asphalt auch kein ideales Material. Die Straße mit Asphalt trodne schlecht und eine nasse Asphaltbahn sei der Schrecken der Fußwerker. Auch die Kosten seien höher, wenn auch die Herstellung niedriger sei, aber die Unterhaltung erfordere 5000 Mk. mehr im Jahre. Die weite Entfernung der Schulen und des Krankenhauses von der Fahrbahn verbürge auch dafür, daß die Geräusche, die auf Granitdeckung entstehen, nicht in diesen Gebäuden störend wirken. — Namens des Stadtv. Vorst. spricht Obmann Sauer für Annahme der Vorlage. Der Stadtv. Vorstand habe sich durch Augenchein über die Verhältnisse unterrichtet und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß das Projekt des Stadtrats zu empfehlen sei. Die weitere Begrenzung der Gleise könne man allerdings für zweckmäßig empfehlen, der geschäftsleitende Vorstand empfehle diesen Vorschlag. Im Interesse des Stadtbildes sei auch zu wünschen, daß die Fahrbahn auf der Südseite ganz durchgeführt wird.

Stadtv. Neumeister begründet den Antrag, der im wesentlichen besagt und verlangt, was der Stadtrat 1908 vorgeschlagen habe. Für die Verlegung der Gleise von der Südseite nach der Nordseite sprechen viele gewichtige Gründe. Man müsse auch dem Radfahrer- und Fußgängerverkehr Rechnung tragen, und deshalb solle man die jetzige Breite lassen. Der breite Gehweg vor den Häusern sei eine Notwendigkeit und müsse erhalten bleiben. Wenn die Vorgärten wegfielen, dann werde für den Hausbesitzer das ganze Erdgeschoss der Häuser, das mit Rücksicht auf die Vorgärten mit hohen Fenstergelassen gebaut ist, wertlos. Was die Deckung betreffe, so kommen, wenn man die Lebensdauer der so oder so gedeckten Straße in Betracht ziehe, beide Systeme gleich teuer. Auch möge der Stadtrat Auskunft geben, ob, wie man hört, ein Vertrag bestehe mit der Asphaltkompanie, wonach dieselbe einen jährlichen Zuschuß zur Erhaltung der Straße erhalte. Die Feuchtigkeit der Straße rühre von dem schlechten Schotter her. Auch der Beleuchtung müsse mehr Beachtung geschenkt werden.

Stadtv. Schwerdt

erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zur stadttraktlichen Vorlage. Auch bei uns seien Bedenken vorgebracht worden, aber aus finanziellen und Zweckmäßigkeitsgründen habe man sich auf die stadttraktliche Vorlage geeinigt. Die Vorgärten bilden keine Zierde mehr, sie sollen verschwinden. Auch für einen Radfahrerweg solle gesorgt werden. Die Radfahrer wissen nicht mehr, wo sie fahren sollen. Die Wegverlegung der Gleise etwas weiter von den Bäumen sei jedoch zu empfehlen. —

Stadtv. Stölle tritt für die Verlegung der Gleise in die Mitte ein. Der jetzige Zustand sei eine Gefahr für die Kinder. Es sind unter den Vorgärten auch welche, die erst vor 2 Jahren angelegt wurden, darauf hätte man die Eigentümer aufmerksam

machen sollen. Weiter empfiehlt Redner Asphaltdeckung. — Stadtv. Moninger wendet sich gegen die Legung der Fahrbahn nach der Mitte. Das würde eine große Gefahr für die Fahrgäste bedeuten. Die Fahrbahn sollte unter keinen Umständen verlegt werden. Der Fahrweg auf der Südseite solle unter allen Umständen ganz durchgeführt werden, auch dort, wo die Vorgärten noch nicht abgegeben werden. Redner wendet sich scharf gegen Granitpflasterung. Die nationalliberale Fraktion stimme der Vorlage zu, ein großer Teil wünsche aber Asphaltdeckung. — Stadtv. Landauer tritt für Asphalt ein. In Berlin gäbe es fast keine Straße, die nicht mit Asphalt gedeckt wäre. (Widerspruch.) Die Pferde würden sich an Asphalt gewöhnen. Ueber diesen Punkt spricht Redner noch eine ganze Weile in einer Wichtigkeit, als ob von dieser Frage das Wohl und Wehe der Stadt abhängen. — Stadtv. Pfaff tritt namens der Mehrheit der Zentrumsfraktion für die stadttraktliche Vorlage ein, mit der von Stadtv. Sauer vorgetragenen Änderung bezüglich der weiteren Legung der Fahrbahn von den Bäumen weg. — Stadtv. Marsluff empfiehlt ebenfalls der Annahme der stadttraktlichen Vorlage. Der nördliche Teil der Straße sollte asphaltiert werden und vielleicht für leichtere Fußwerke zugänglich gemacht werden. Bezüglich der südlichen Fahrbahn sollte man vorerst die Wünschen der Besitzer Rechnung tragen. Auch die Beleuchtung müsse besser werden. — Stadtv. August Schneider spricht gegen die Vorlage. — Stadtv. Neumeister wendet sich gegen Stadtv. Schwerdt, der deshalb die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zur stadttraktlichen Vorlage befürwortet habe, weil diese Vorlage die billigere sei. Das stimme nicht, daß der stadttraktliche Antrag der billigere sei, sein Neumeisters Antrag wäre billiger. Weiter wendet sich Redner gegen Stadtv. Moninger. — Stadtrat Dr. Binz teilt mit, daß auch im Stadtrat die Meinungen auseinander gegangen seien. Das Ergebnis der heutigen Beratung habe ihn in seinen Bedenken gegen die Vorlage bestärkt. Es würde eine gewaltige Verleugung der Amtswörter der Schulen und des Krankenhauses bedeuten. Wenn der Oberbürgermeister und der Melbient in einer granitpflasterten Straße wohnen würden, dann würden sie sicher anderer Meinung sein. (O. B. Siegrist verweist sich entschieden gegen diesen Vorwurf.) Redner erklärt, daß er der Vorlage des Stadtrats nicht zustimme. — Stadtv. Dörle ist für die Vorlage unter der Bedingung, daß Asphaltdeckung gewählt wird.

Stadtv. Kasseiter

wendet sich entschieden gegen die Meinung jener, die die Fahrbahn in die Mitte verlegt wissen wollen. Es ist Platz dort vorhanden. Die Fahrbahn in der Mitte sei gefährlich sowohl für die Fahrgäste wie für die Radfahrer und Autofahrer. Auch bei Reparaturen an der Straßenbahn wirke es mehr verkehrshindern, wenn die Schienen in der Mitte liegen. Was die Pflasterung betreffe, so sei Asphalt für die Leute, die bis 9 Uhr schlafen, allerdings bequemer. Granitpflaster sei unbedingt nötig für verkehrsreiche Straßen.

Stadtv. Boshang tritt für den Antrag Neumeister ein. Redner tritt weiter für Asphaltierung ein und wünscht bessere Beleuchtung. — Stadtv. Grund schlägt die Anlage kleiner Geden zwischen den Bäumen vor, damit die Kinder nicht auf die Gleise springen. — Stadtv. Weiland ist für Asphalt.

Es ist ein Antrag eingelaufen von Stadtv. Stölle: Auf der Straße zwischen Händel- und Philippstraße die Straßenbahn in die Mitte zu legen, falls der Antrag des Stadtrats angenommen werden würde.

O. B. Siegrist wendet sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, als ob er bei der Entscheidung über Granit oder Asphalt persönliche Rücksicht wälten lasse. Für ihn seien die Ansichten der Redner mit entscheidend. Die Fußwerkbesitzer wenden sich allgemein gegen die Asphaltdeckung; jetzt stehe, daß die schweren Wagen und Autos die Asphaltstraßen kolossal zürichten. (Sehr richtig!) Er habe jahrelang in der Waldhornstraße, die mit Steinpflaster versehen ist, gewohnt, ohne darauf zu dringen, daß die Straße etwa asphaltiert werde. Der Stadtrat habe einstimmig die Vorlage beschlossen. Man sehe z. B. in der Karlstraße, daß die Fußwerke mit Vorliebe die Granitstreifen benützen. Eine andere Seite sei die finanzielle. Wenn der Bürgerauschuss jährlich 5000 Mk. mehr ausgeben will aus den Taschen der Steuerzahler, so werde auch er sich nicht dagegen wehren. — Bürgermeister Dr. Paul weist darauf hin, daß, wenn die Hauptfahrstraße mit Asphalt gedeckt wird, künftig die glatte Radfahrstraße mit Asphalt gedeckt werden, künftig die glatte Radfahrstraße von allen Fußwerkern gemieden werden wird, sie werden auf der mit Tarmasphalt gedeckten nördlichen Fahrbahn, zur Freude der Anwohner, fahren. 1908 hatte der Stadtrat auch Granit vorgeschlagen. Ein Vertrag mit einer Asphaltgesellschaft bestehe nicht. Die Radfahrer sind bei dem gegenwärtigen Zustand schlecht daran, das liegt aber zweifellos an der schlechten Deckung. In dem Augenblick, wo aber die Deckung anders wird, wird dem Bedürfnis der Radfahrer entsprochen sein. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird zum großen Verger des Stadtv. Fröhlich, der noch eine Rede halten wollte, mit großer Mehrheit angenommen.

Stadtv. Sauer

als Berichterstatter teilt sich gegen den Vorwurf der Oberbürgermeister, den Stadtrat Dr. Binz gemacht hat. Die überwiegende Mehrheit im Stadtv. Vorstand war der Ansicht, daß die Vorgärten kein Verlust bilden, wenn sie verschwinden. Wir haben hier nicht allein die Wünsche der Angrenzenden zu vertreten, sondern die der Allgemeinheit. Granit ist hier nicht das Prinzip, eine ganze Reihe Straßen haben Asphalt. Diese Frage ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn man für diese Straße Asphalt beschließt, dann müsse aus Gerechtigkeit auch in jenen Straßen, wo auch Menschen mit Herden wohnen, ebenfalls Asphaltdeckung beschlossen werden, ebenso in den Vororten. Der geschäftsleitende Vorstand hält die Erledigung dieser Sache für dringend, die Vorlage dürfe nicht noch mehr verschleppt werden. Es wird zunächst über den Antrag, die südliche Gleisbahn neben die nördliche zu verlegen und den freierwerbenden Teil zur Straßbreite zu bringen, abgestimmt. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. — Der Antrag, die Deckung betreffend, daß mit Asphalt gedeckt werden soll, wird gegen 40 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Verbleibung des südlichen Gehwegs wird mit großer Mehrheit abgelehnt. — Die Vorlage des Stadtrats wird mit Mehrheit angenommen.

6. Herstellung der südlichen Hälfte der Herderstraße zwischen Sophien- und Weinbrennerstraße und der Weinbrennerstraße zwischen Geranien- und Herderstraße.

Die Straßen sollen ortsplannäßig hergestellt und mit Gas-, Wasser- und Kanalisation versehen werden. Der Aufwand beträgt 33.825 Mk. — Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

7. Erweiterung des städtischen Wasserwerks.

Bei Ausführung der unter dem 8. März 1912 vom Bürgerauschuss genehmigten Erweiterung des städtischen Wasserwerks wurden Grünschnitte in Höhe von 38.552,80 Mk. dadurch erzielt, daß anstelle eines Schachtbrunnens ein Filterbrunnen erblickt worden ist, dessen Kosten wesentlich geringer sind. Die vom Wasserwerk angestellten Versuche haben ergeben, daß der wesentlich billigere Filterbrunnen die gleiche Leistungsfähigkeit besitzt wie ein Schachtbrunnen. Es sollen nun die durch die Ausführung des ersten Filterbrunnens erzielten Ersparnisse zur Anlage eines weiteren Filterbrunnens mit einem Kostenaufwand von 33.750 Mk. verwendet werden. Weiter sollen zwei Ge-

winnungen von Unterlagen für spätere Erweiterungsentwürfe Untersuchungen des Wasserfassungsgebietes südlich des Wasserwerks mit einem Kostenaufwand von 3000 Mk. vorgenommen werden.

Stadtv. Trinks

bringt einen Wunsch der Gartenstadt vor. Die Gartenstadt hat feinerzeit Gelände gekauft, das bis an den Wald grenzt. Durch die Erweiterung des Wasserwerks wird von dem an den Wald grenzenden Gelände ein Stück abgetrennt, das zu einem projektierten Baublock gehört.

O. B. Siegrist sagt Prüfung und wenn möglich Perfidifikation des Abänderungsvorschlags bezüglich der Legung der Leitung und Kanalisation der Gartenstadt zu. — Die Vorlage wird dann einstimmig angenommen.

8. Bedürfnisnachweis bei Errichtung von Gast- und Schankwirtschaften.

Das Ortsstatut, die Erlaubnis zum Betrieb einer Gast- und Schankwirtschaft in solchen Räumlichkeiten, in welchen innerhalb eines Jahres vor Einreichung des Erlaubnisgesuchs eine Wirtschaft nicht betrieben wurde, soll nun erteilt werden, wenn der Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses erbracht ist, war am 31. Dezember 1913 abgelaufen. Es soll nun um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Bgmstr. Dr. Fortmann begründet die Vorlage. Das Statut besteht seit 1894, es habe sich bewährt. Die Zahl der Wirtschaften hat in geringerem Maße zugenommen, als es in jenen Städten, die kein solches Statut haben, der Fall ist. 1894 kamen auf 1000 Einwohner 3,6 Wirtschaften, jetzt sind es 2,6 auf 1000 Einwohner. — Stadtv. Edelmann empfiehlt die Annahme der Vorlage namens des Stadtv. Vorstandes. Man sei zwar der Meinung, daß der Zeitpunkt einmal kommen wird, wo das Statut beseitigt wird. — Stadtv. Dr. Heinsheimer meint, man könne nun, nachdem das Statut 20 Jahre bestche, es nicht beseitigen.

Stadtv. Abele

erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß dieselbe den Antrag ablehnen wird. In der Stadt können alle Gewerbetreibenden ein Geschäft anzufangen, ohne daß nach dem Bedürfnis gefragt wird. Die Aussicht über die Wirtschaften ist eine lebhafte, wie über jedes andere Geschäft. Wenn man die Jugend abhalten will, so solle man doch gleich ganze Arbeit machen und jede Wirtschaft verbieten. Auch scheint, daß nicht immer nach sachlichen Gründen entschieden wird bei Vergabung der Konzessionen. Man solle auch dem Wirtsgewerbe die volle Gewerbefreiheit zubilligen.

Stadtv. Marsluff bittet den Stadtrat, nicht zu freigebig zu sein bei Erteilung von Konzessionen, namentlich für kleine Cafés. — Stadtv. H. Herrmann erklärt, daß die fortschrittliche Fraktion im allgemeinen nicht gegen die Vorlage ist. Man solle aber bei Vergabung der Konzession nicht so ängstlich sein. — Stadtv. Moninger bittet um Zustimmung zur Vorlage. Nachdem einmal das Statut angenommen, dürfe man es jetzt nicht aufheben ungeheure Werte würden auf dem Spiel. — Stadtrat Dr. Weill weist auf die Folgen hin, wenn das Statut von einem auf den anderen Tag aufgehoben würde. Eine Vermehrung der Wirtschaften bedinge einen Rückgang der Qualität der Wirte und Wirtschaften. Das Statut sei im großen und ganzen vorzüglich angewandt worden. Gegen das Einführen könne man sich nicht vorstellen, etwas anderes sei aber die Aufhebung eines längst bestehenden Statutes. — Stadtv. Fröhlich erklärt, daß er gegen die Vorlage sei. Von heute auf morgen kann man es allerdings nicht aufheben. — Stadtv. Fröhlich findet einen Unterschied, ob es sich um ein Bedürfnis im Wirtsgewerbe oder um ein anderes Gewerbe handelt. Die Freiheit hier sei eine verkehrte. — Stadtrat Weill wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdem. Redners. Die Sozialdemokratie werde sich doch immer gegen den Alkoholmißbrauch und predige die Abstinenz; sie habe auch manchen Erfolg. Er könne deshalb die Stellung nicht bestehen.

Stadtv. Trinks

weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie darunter schon gelitten habe, weil sie gegen den Alkoholismus Bekämpfe geführt habe. Man könne aber mit Polizeivorkehrungen den Alkoholmißbrauch nicht bekämpfen, sondern das muß in der Schule durch Aufklärung usw. geschehen. — Stadtv. Abele weist darauf hin, daß doch überall auch im Wirtsgewerbe durch die Konkurrenz der Stand gehoben wird.

O. B. Siegrist geht auf verschiedene Einwände näher ein.

Die Vorlage wird hierauf mit Mehrheit angenommen. Ein Antrag des Stadtrats Homburger auf Vertagung der Sitzung auf Freitag mittag wird abgelehnt. Am 9 Uhr stellte die Presse ihre Berichterstattung ein. Zur Erledigung standen noch 6 Punkte.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Zahlstelle Karlsruhe Geschäftsbericht für 1913.

Der Geschäftsgang in der Zigarren-Industrie am Orte ist im verflochtenen Jahre als mittelmäßig zu bezeichnen, das trifft auch auf die Zigaretten-Industrie zu. Dieser Umstand bewirkt es, daß eine Reihe berechtigter Wünsche bezüglich Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückgestellt wurden. In einigen Betrieben gelang es dennoch, Aufbesserungen zu erzielen resp. Verschlechterungen abzuwenden. Bei N i g g e n b e r g und K i n d e n erzielten die Kollegen in der Sortierabteilung für einige Sorten auf dem Wege der Unterhandlung Zulagen. Die Firma S c h m i l o b i c i bewilligte auf dem Wege der Unterhandlung Zulagen von 25-75 Pf. pro Wille, es sind das nennenswerte Verbesserungen. Am Betrieb der Firma R e g e r u. Co. trat eine erhebliche Materialverschlechterung ein, die Arbeiter beauftragten die Gauksleitung, sich mit der Firma in Verbindung zu setzen, um eine Schadloshaltung der Arbeiter zu erwirken; es trat dann auch für die Zeit der Verarbeitung des verschlechterten Materials eine kleine Aufbesserung ein, die aber später wieder rückgängig gemacht wurde. Dieser Betrieb ist noch sehr reformbedürftig; so müssen sich die Koller noch die Deden selbst ausrippen. Es dürfte wohl wenige Betriebe in Baden geben, in denen dieses noch üblich ist, selbst in den Filialen genannter Firma werden die Deden entrippt und aufgebretzelt geliefert. Die Abstellung dieser Praxis zöge nur einen kleinen Mehraufwand an Unkosten für die Firma nach sich, für den Koller aber bedeutet es einen erheblichen Vorteil. Gerade diese Arbeiterkategorie könnte eine erhöhte Einnahme in Betracht der minimalen Wochenverdienste wohl vertragen. Was auf die Koller zutrifft, gilt auch für die Widelmacher, die schon mit Rücksicht auf ihre ungenügende Verusart höhere Wochenverdienste erzielen sollten. Es gibt allerdings auch im Betrieb Kieger Koller wie Widelmacher, die mit ihrem Verdienst bestehen können; es handelt sich hier aber um Unfortdbeiter, wie man solche unter hundert Arbeiter nur vereinigt findet. Die wenig entgegenkommende Haltung der Firma läßt die Schlüsse ziehen, daß es auch hier nur anders wird, wenn sämtliche bei der Firma in Stadt und Land beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.

Das Organisationsverhältnis am Orte hat sich im Berichtsjahre besser gestaltet, es trat eine Verdoppelung der Mitgliederzahl ein. Aufnahmen wurden 85 gemacht, darunter 62 weibliche. Von der Einnahme wurden an Unterhaltungen 26.500 Mk. für Arbeitslosenunterstützung 139.500 Mk., an Forderungunterstützung 133.68 Mk. und an Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 577.55 Mk. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 477.93 Mk., eine Ausgabe von 329.17 Mk.; es verbleibt ein Bestand von 148.76 Mk. Dierdon werden 100 Mk. auf der Südlichen Par-

Die Wit... findet ni... im... ist es... diene den... am San... lung s... Genoss...

\* Die... ten im... (1908) M... halber, B... betreiben... betriebl... d... den 207... (186) Fa... den 239... (82 845 (1... (30 394),... Schweine... gemitt... 375 043),... Die der... 171 850 (... 131 829, ... 18 473 un... 236 867, n... mar?; ... Schweinef... Han...

\* Die... verein in... set, werde... Frauen de... Beginn de... der 16. M... kannt geg...

\* Die... 11. d. M... lenden ab... 3. M... Eintritts... ungstag... Hofmüll... Nr. 688, u... Nr. 114... Müller, E... erliche B... nationaler... ferner im... und an d... für die Ve... werden. I... mal bis 1...

\* Bri... stadtbinde... henderun...

\* Die... Konf... Kom... 3.75... Konfe...

Bitte gena... lausnumm...

Sams... Bri... Herr... Kart... Hofm... Kinder... neuer Klid... verlauf, A...

Stan... 5 e... Elek. Mot... von hier... Franz St... felder von... Ulrabeß... Mitzgen... Ge 6... Aug. Wegr... Wirtur, B... Wilons, B... Vater Joh... 2 od... 5 Tage, ... alt 35 Joh... Wödecke, ... Johanna... Kaufmann... Gestaltian

\* Die... 11. d. M... lenden ab... 3. M... Eintritts... ungstag... Hofmüll... Nr. 688, u... Nr. 114... Müller, E... erliche B... nationaler... ferner im... und an d... für die Ve... werden. I... mal bis 1...

\* Bri... stadtbinde... henderun...

\* Die... Konf... Kom... 3.75... Konfe...

Bitte gena... lausnumm...

Sams... Bri... Herr... Kart... Hofm... Kinder... neuer Klid... verlauf, A...

Stan... 5 e... Elek. Mot... von hier... Franz St... felder von... Ulrabeß... Mitzgen... Ge 6... Aug. Wegr... Wirtur, B... Wilons, B... Vater Joh... 2 od... 5 Tage, ... alt 35 Joh... Wödecke, ... Johanna... Kaufmann... Gestaltian

\* Die... 11. d. M... lenden ab... 3. M... Eintritts... ungstag... Hofmüll... Nr. 688, u... Nr. 114... Müller, E... erliche B... nationaler... ferner im... und an d... für die Ve... werden. I... mal bis 1...

\* Bri... stadtbinde... henderun...

\* Die... Konf... Kom... 3.75... Konfe...

Bitte gena... lausnumm...

Sams... Bri... Herr... Kart... Hofm... Kinder... neuer Klid... verlauf, A...

Stan... 5 e... Elek. Mot... von hier... Franz St... felder von... Ulrabeß... Mitzgen... Ge 6... Aug. Wegr... Wirtur, B... Wilons, B... Vater Joh... 2 od... 5 Tage, ... alt 35 Joh... Wödecke, ... Johanna... Kaufmann... Gestaltian

\* Die... 11. d. M... lenden ab... 3. M... Eintritts... ungstag... Hofmüll... Nr. 688, u... Nr. 114... Müller, E... erliche B... nationaler... ferner im... und an d... für die Ve... werden. I... mal bis 1...

\* Bri... stadtbinde... henderun...

\* Die... Konf... Kom... 3.75... Konfe...

Bitte gena... lausnumm...

Sams... Bri... Herr... Kart... Hofm... Kinder... neuer Klid... verlauf, A...

Stan... 5 e... Elek. Mot... von hier... Franz St... felder von... Ulrabeß... Mitzgen... Ge 6... Aug. Wegr... Wirtur, B... Wilons, B... Vater Joh... 2 od... 5 Tage, ... alt 35 Joh... Wödecke, ... Johanna... Kaufmann... Gestaltian

\* Die... 11. d. M... lenden ab... 3. M... Eintritts... ungstag... Hofmüll... Nr. 688, u... Nr. 114... Müller, E... erliche B... nationaler... ferner im... und an d... für die Ve... werden. I... mal bis 1...

\* Bri... stadtbinde... henderun...

\* Die... Konf... Kom... 3.75... Konfe...

Bitte gena... lausnumm...

Sams... Bri... Herr... Kart... Hofm... Kinder... neuer Klid... verlauf, A...

Stan... 5 e... Elek. Mot... von hier... Franz St... felder von... Ulrabeß... Mitzgen... Ge 6... Aug. Wegr... Wirtur, B... Wilons, B... Vater Joh... 2 od... 5 Tage, ... alt 35 Joh... Wödecke, ... Johanna... Kaufmann... Gestaltian

\* Die... 11. d. M... lenden ab... 3. M... Eintritts... ungstag... Hofmüll... Nr. 688, u... Nr. 114... Müller, E... erliche B... nationaler... ferner im... und an d... für die Ve... werden. I... mal bis 1...

\* Bri... stadtbinde... henderun...

\* Die... Konf... Kom... 3.75... Konfe...

Bitte gena... lausnumm...

Sams... Bri... Herr... Kart... Hofm... Kinder... neuer Klid... verlauf, A...

Stan... 5 e... Elek. Mot... von hier... Franz St... felder von... Ulrabeß... Mitzgen... Ge 6... Aug. Wegr... Wirtur, B... Wilons, B... Vater Joh... 2 od... 5 Tage, ... alt 35 Joh... Wödecke, ... Johanna... Kaufmann... Gestaltian

**Nippurr. Sozialdemokratischer Verein.** Die Mitgliederversammlung am Sonntag, 1. März, findet nicht vormittags 10 Uhr, sondern abends 8 Uhr im „Löwen“ statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Ferner diene den Genossen jetzt schon zur Nachricht, daß vorläufig am Sonntag, 8. März, eine öffentliche Versammlung stattfindet. Saal und Zeit wird noch bestimmt. Genossen, agitiert jetzt schon für die Versammlung.

**Fleischverwertung im Monat Januar.** In den Viehmärkten im hiesigen Viehhof wurden 142 (1913: 232) Cows (1226) Kühe, 186 (173) Kinder, 140 (176) Ferkel, 1 (1226) Kalber, 3519 (2228) Schweine und 188 (168) Hammel aufgetrieben. Von dem aufgetriebenen Vieh waren eingeführt aus Österreich-Ungarn: 12 Ochsen, 1 Kind, 4 Ferkel (1913 aus Holland: 143 Ochsen, 56 Kinder, 122 Ferkel. Geschlachtet wurden 207 (270) Ochsen, 274 (291) Kühe, 176 (143) Kinder, 136 (186) Ferkel, 1280 (1364) Kalber, 2353 (1150) Schweine und 207 (226) Hammel. Das Schlachtgewicht betrug für Ochsen 22 345 (1913: 31 327), Kühe 60 264 (63 937), Kinder 36 988 (30 304), Ferkel 44 316 (58 662), Kalber 51 200 (64 560), Schweine 164 710 (80 500) und Hammel 5175 (5975) Kilogramm. Das Gesamtgewicht war 426 091 (1913: 375 043), darunter Kleinvieh mit 221 678 (141 718) Kilogramm. Die der Fleischschau unterworfenen Fleischmengen betrug 171 850 (1913: 274 188), davon stammten aus dem Auslande 131 828, und zwar aus Holland: Rindfleisch 25 714, Kalbfleisch 18 473 und Schweinefleisch 92 642 (1913 aus dem Auslande 236 967, nämlich aus: Schweden: Schweinefleisch 41 580, Dänemark: Schweinefleisch 10 154, Holland: Kalbfleisch 16 922, Schweinefleisch 166 048 und Hammelfleisch 1292, und aus Australien: Hammelfleisch 1301 Kilogramm.

**Die Kochkurse für Arbeiterfrauen,** die der Badische Frauenverein in den letzten Wintern mit so gutem Erfolge abgehalten hat, werden auch in diesem Jahre wieder stattfinden. Um den Frauen der Pflicht die Teilnahme zu erleichtern, wurde der Beginn des ersten Kurses etwas hinausgeschoben und hierfür der 16. April in Aussicht genommen. Das Nähere wird noch bekannt gegeben werden.

**Veranstaltungen.**

**Operettenabend in der Festhalle.** Der auf Mittwoch, den 11. ds. Mts., angekündigte, wegen Erkrankung einiger Mitwirkender aber verschiedene Operettenabend wird nunmehr Dienstag, 3. März, abends 8 Uhr, stattfinden. Die bereits gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit für den neuen Aufführungstag. Weitere Karten sind zu haben im Vorverkauf bei den Hofmusikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstraße 159, Telefon Nr. 688, und Hugo Kunz, Anhalter Markt, Kaiserstraße Nr. 114, Telefon Nr. 1860, den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiserstraße 2, Telefon Nr. 1988, Franz Tafel, Kaiserstraße 82a, Telefon Nr. 1647, und bei Gerhard, Moos, Internationaler Postkartenverlag, Kaiserstraße 96, Telefon Nr. 994; ferner im Kiosk des Verkehrsvereins beim Hotel „Germania“ und an der Schalterkasse des Stadtgartens. Das Programm für die Veranstaltung wird demnächst nochmals bekannt gegeben werden. Nach den Aufführungen ist Tanz im kleinen Festhallaal bis 1 Uhr nachts vorgesehen.

**Brüder Post-Quartett.** In dem am Samstag, 28. Febr., stattfindenden Brüder Post-Quartett mußte das Programm eine Änderung erfahren, anstatt Nr. 2 „Lieder von Baumann“,

werden die Brüder Post das f-moll-Streichquartett op. 95 von Beethoven spielen. (Siehe Inserat.)

**Resistenztheater.** Das große Filmdrama „Welche sterben, wenn sie lieben“, bringt jeden Tag volle Häuser. Die Direktion hat daher diesen zugkräftigen Film noch weitere drei Tage prolongiert. Es bietet sich also Gelegenheit, den bedeutenden Charakterdarsteller Friedrich Paßler in einer künstlerisch hochstehenden Rolle kennen zu lernen. Außer dieser Glanznummer gelangen noch einige kleinere Filmmehheiten zur Vorführung.

**Neues vom Tage.**

**Das Martyrium dreier Kinder.**

Das Bild einer barbarischen Kindermisshandlung wurde vor dem Londoner Polizeigericht in Clerkenwell entrollt. Sarah Savage, die Witwe eines Straßenhändlers, hat ihre drei jüngsten Kinder, Mädchen von fünf, elf und fünfzehn Jahren, 16 Monate lang in einem dunklen Raum gefangen gehalten, ohne daß die Nachbarn von der Existenz der Kinder etwas wußten. Als die Zentrale für Kinderfürsorge hiervon unterrichtet wurde, verschafften sich ihre Beamten Zugang zu der Wohnung der Frau. Sie fanden die drei Kinder verwaist und halb verblüdet auf. Die Mutter erklärte, daß sie die Kinder eingeschlossen habe, weil sie kein Geld gehabt habe, um ihnen Stiefel zu kaufen. Sie wurde zu 6 Monaten Zwangsarbeit verurteilt.

**Letzte Nachrichten.**

**Amerikanische Lehrer in Deutschland.**

München, 25. Febr. Zwischen der Stadtverwaltung und der obersten Schulbehörde der Vereinigten Staaten wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach 30 amerikanische Lehrer nach Deutschland kommen, um in der gewerkschaftlichen Fortbildungsschule zu hospitieren.

**Altersversicherungsgesetz der Bergarbeiter.**

Paris, 25. Febr. Die Kammer verhandelte heute über den vom Senat an die Kammer zurückgelangten Gesetzentwurf betreffend die Altersversicherung für die Bergarbeiter. Saurès erklärte, daß man dem Entwurf zustimmen müsse, wenn er auch unvollkommen sei, denn er sichere sofort eine Pension, die zwischen 6—700 Francs betrage. Die streikenden Bergleute möchten doch in Erwägung ziehen, daß sie, da sie von heute ab ein Pensionsminimum von 600 Francs hätten, bald die Benutzung haben würden, ein Pension von 720 Francs zu erreichen. — Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Der Minister für öffentliche Arbeiten sagte zu, daß er den Senat bitten werde, das Gesetz auf die Arbeiter in den Schieferbrüchen und den Erzgruben auszudehnen.

Paris, 25. Febr. Die Kammer hat das Gesetz über eine selbständige Pensionskasse für die Bergarbeiter einstimmig angenommen.

**Rumänische Wahlen.**

Bukarest, 25. Febr. Die Wahlen zur Deputiertenkammer sind gestern abend beendet worden. Gewählt sind

169 Liberale, 10 Konserervative Demokraten, 9 Konserbative 2 Nationalisten und 1 Unabhängiger.

**Russische Justiz.**

Radom (Russisch-Polen), 25. Febr. Der Appellgerichtshof hat von 11 wegen Mitgliedschaft bei der sozialdemokratischen polnisch-litauischen Organisation Angeklagten einen zu 6 jähriger, einen zu 4 jähriger Zwangsarbeit, 7 zur Arbeitsanweisung verurteilt und 2 freigesprochen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Ein Abonnent für Viele. Besten Dank für den überfandten Zeitungsausschnitt aus dem Frankfurter Blatt. Es ist aber immer ein Zeichen von Feigheit, wenn man seine Schreiben anonym versendet. Bei solchen Leuten ist meistens der Zweifel, daß sie es ehrlich meinen mit dem, was sie sagen, nur zu berechtigt.

**Beantwortlich:** Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Radel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Nächsten Samstag, 28. Febr., pünktlich 9 Uhr abends, Turnversammlung im Vereinslokal.

Udern. (Sozialdem. Verein.) Am Sonntag, 1. März, vormittags halb 11 Uhr, findet im „Feldschlößchen“ unsere Generalversammlung statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

**Wasserstand des Rheins.**

26. Februar. Schutterinsel 1.50 m, gef. 7 cm, Reßl 2.42 m, gef. 11 cm, Maxau 4.20 m, gef. 15 cm, Mannheim 3.70 m, gef. 7 cm.

Schon wieder begünstigte die Fortuna bedürftige Menschen. Der Hauptgewinn der Baden-Badener Geldlotterie von 10 000 Mk. wurde bei mir einige Tage nach der Ziehung von 4 Handwerklern aus dem badischen Schwarzwald präsentiert und sofort bar ausbezahlt. Das ist wieder ein Beweis, daß die Glücksgöttin auch die unteren Klassen der Bevölkerung mit dem Glücke begünstigt. — Die nächste Bad. Geldlotterie findet schon am 7. März garantiert statt. Es werden 2827 Geldgewinne im Betrage von 27 000 Mk., darunter ein Haupttreffer von 10 000 Mk. verlost. — Die Lose erfreuen sich auch des guten Zwedes wegen heute schon eines sehr lebhaften Zuspruchs und ist es daher empfehlenswert, sich sobald wie möglich mit Säuuglings-Fürsorge-Losen zu 1 Mk. zu versehen (11 Lose zu 10 Mk.). Die Ziehung findet öffentlich am 7. März, nachmittags 2 Uhr, in Karlsruhe im Grob. Notariat 4 statt. Säuuglings-Fürsorge-Lose à 1 Mk. empfiehlt und versendet: F. Schürer, Lotterieunternehmer, Sträßburg i. E., Langstr. 107, Filiale Reßl am Rhein, Hauptstraße 47, und alle Loseverlaufsstellen.

**Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.**

**Sonder-Angebot**  
in  
**Konfirmanden  
Kommunikanten-Anzüge**  
8.75 11.00 13.50 18.00 bis 30.00  
**Konfektions-Haus „Mercur“**  
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten. **60 Kaiserstr. 60.**

**20 Mk.** Einheitspreis  
**Neu aufgenommen:**  
Zwei erstklassige Cofibuser Fabrikate, solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins, per Anzug 3.25 Meter Mark **20.-** netto Kasse.  
**Wilh. Wolf jr.,**  
**Kaiserstr. 82a,** Engros - Tuchabteilung Eingang Lammstrasse, **20 Mk.** Einheitspreis

**Eintrachtsaal.**  
Samstag, den 28. Februar 1914, abends 8 Uhr  
**Brüder Post-Quartett**  
Mitwirkende:  
Herr Musikdirektor **Hermann Post,** Karlsruhe (Viola)  
**L. Baumann:** Quartett G-dur (Manuskript),  
**L. Beethoven:** Quartett f-moll Op. 95,  
**W. A. Mozart:** Streichquintett g-moll. 7525  
Karten à 4.—, 3.—, 2.—, Galerie 1.— bei Fr. Doert, Hofmusikalienhandlg. u. Fritz Müller, Musikalienhandlg.

**Eine geschmackvolle  
Wohnungs-Einrichtung**  
kaufen Sie leicht, wenn Ihnen vielseitige Auswahl erstklassiger Qualitäts-Möbel, außerordentlich niedrige Preisbemessung u. sachgemäße ehrliche Beratung zur Verfügung stehen. Alles dies finden Sie in hervorragendem Maße in der  
**Möbel-Ausstellung  
D. Reiss, Karlsruhe i. B.**  
Fernpredter 1522  
**Kronenstr. 37/39.**  
Ich habe einige Schlaf- und Speisezimmer zu reduzierten Preisen abzugeben. 7378

**Fleisch-Verkauf**  
Samstag den 28. ds. Mts. verkaufe ich Nuttsstraße 20, von 7 bis 1 Uhr la Qualität  
**Wurstfleisch**  
eigene Mästung, per Pfd. 70 Pfg.  
**Wilhelm Neef**  
Wolkererbesther. 7514



**WENN SIE**  
zur Reife Ihre Vorbereitungen treffen, vergessen Sie die Wurstfabriken nicht. Hier erhalten Sie die besten Fleischwaren, die Sie dann geschätzt erhalten können. In allen Apotheken und Drogerien Preis der Originalpackung 1 Mk.

**Kinderbett** gut erhalten, sowie bereits neuer Küchenschrank ist billig zu verkaufen. Maierstr. 1a, S. II. r.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Eheaufgebote vom 25. Februar: Karl Schmidt von hier, Metz. Monteur hier, mit Klara Lang von hier. Adolf Weizhans von hier, Schlosser hier, mit Lydia Herlan von Rielingen. Franz Kahles von Haueneberstein, Maler hier, mit Wilhelmine Seliger von Weiler. Georg Brugger von hier, Polibote hier, mit Elisabeth Stumpf von Waldmimmersbach. Otto Scheurich von Alheim, Gendarm in Lörrach, mit Anna Binl von Alheim.  
Geburten vom 19.—24. Februar: Emma Elisabeth, Vater Aug. Wegner, Abfüller. Rosina, Vater Jos. Hüttner, Erdarbeiter. Victor, Vater Karl Ludwig, Bahnarbeiter. Leopold Bernhard Wilms, Vater Ferd. Fischer, Ingenieur. Erna Gertrud, Vater Vater Jos. Seufert, Dreher.  
Todesfälle vom 22.—25. Febr.: Richard, alt 2 Monate 15 Tage, Vater Ludwig Schmitt, Stadttagelöhner. Anna Biereth, alt 95 Jahre, Ehefrau von Ludwig Biereth, Maurer. Karoline, Witwe, alt 74 Jahre, Witwe von Jos. Gbede, Schuhmacher. Johanna Meyer, alt 55 Jahre, Ehefrau von Franz Meyer, Kaufmann. Franz Peter Verdel, Bahnarbeiter, Witwer alt 63 J. Sebastian Rödter, Arbeiter, Chemann, alt 72 Jahre.

**Damenrad** gut erh., wenig gefahren, mit Pedaleffektlauf, preiswert abzugeben. Zu erf. von 10—2 u. von 6 Uhr ab. 7521 Maierstr. 5, S. II. r.

**Erdberecklinge** (Eranos) 100 Stück 1.50 Mk., 1000 St. 10.00 Mk. zu verkaufen. Erbklingen (Neubau hinterm „Löwen“).

**Maler-Lehrling.** Intelligenter Junge, der das Malerhandwerk gründlich erlernen will, kann auf Offern eintreten. 7494

**Druckfachen** fertig an **Waldhornstr. 63,** \* St. II. ist einfach möbliert. Zimmer billig zu vermieten.

**Otto Benz, Malermeister**  
Schellstr. 244 a.

**Halb geschenkt**  
**Ueberzieher** getragen, gut erhaltene, 2 an.  
**Anzüge,** Maharbeit 4 an sowie einz. Sachen u. D.-Kleider  
**Schuhe, Wäsche ujm.** wegen Aufgabe des Ladens bis 7528 1. April  
**spottbillig!**  
**Fridenberg, Markgrafen-straße 17,**



Für

# Konfirmanten und Kommunikanten

Konfirmation u. Kommunion-Spitzen- u. Stickerei-Tücher  
in allen Preislagen.

Schwarze Kleiderstoffe	1 <sup>10</sup>	1 <sup>50</sup>	1 <sup>75</sup>	2 <sup>45</sup>	2 <sup>75</sup>
<small>Chevots, Popeline, Wollbatist, Kammyra, Mohair usw. . . Mtr.</small>					
Weißer Kleiderstoffe	1 <sup>25</sup>	1 <sup>65</sup>	1 <sup>90</sup>	2 <sup>35</sup>	2 <sup>60</sup>
<small>Façones, Serge, Wollbatist, Popeline usw. . Mtr.</small>					
Schwarze fertige Kleider	16 <sup>50</sup>	18 <sup>50</sup>	24 <sup>00</sup>	28 <sup>50</sup>	
<small>in allen Stoffarten . . . . .</small>					
Weißer fertige Kleider	14 <sup>50</sup>	19 <sup>50</sup>	22 <sup>00</sup>	25 <sup>00</sup>	
<small>grosse Auswahl . . . . .</small>					

Mode- und Aussteuerhaus

7519

# Landauer

## Pfannkuch & Co

### Dürrobst:

Bosnische Zwetschen  
Pfund 28, 32  
und 36 Pfg.

extra großfrüchtige Frucht  
Pfd. 45 u. 50

Zwetschen entsteinte  
Pfund 55 Pfg.

Plochina-Zwetschen  
— in Paketen —  
Paket 40 u. 55

Dampfpfäfel  
Pfund 60 Pfg.

Birnschnitze  
Pfd. 25 Pfg.

Californische Pfirsiche und Birnen  
Pfd. 70 Pfg.

Aprikosen  
Pfund 90 Pfg.  
und M. 1.20

Kranzfeigen  
Pfd. 28 u. 30 Pfg.

Mischobst — prima Mischungen —  
Pfd. 32 u. 40  
feinstes ohne Stein Pfd. 60

## Pfannkuch & Co

20 Diwans  
neue, werb. unt. Garant. von 30, 34 u. 40 M an verkauft, hochf. mod. Dessins u. 54 M an. Keine Fabrikware. Volkler-Wöbelhaus  
Köhler, Schützenstr. 25. 7259

## Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Samstag, den 28. Februar, abends 7/9 Uhr, findet eingetretener Hindernisse wegen in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, dieses Mal unsere

### Mitglieder = Versammlung

statt mit folgender Tagesordnung:  
1. Beratung der Anträge des Vorstandes und event. einlaufender Anträge zum Verbandstag in Hamburg.  
2. Aufstellung des Delegierten zum Verbandstag.  
3. Wahl der Delegierten zur Konferenz in Mannheim.  
4. Inneres.  
In Anbetracht dieser sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen in der Versammlung zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.  
Die Filialleitung.

## Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.

Die Wiedereröffnung des Erholungsheims in Baden-Baden für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe ist auf Mitte März in Aussicht genommen. Verpflegungstag 2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht, können auch auswärtig wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich aufgenommen werden.  
Nähere Auskunft und Anmeldung bei der  
Direktion des Städt. Krankenhauses  
Karlsruhe.

## Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Die verehrl. Mitglieder werden zu der am Freitag, den 6. März d. Js., abends 8 Uhr im großen Saale der Gesellschaft „Eintracht“ dahier stattfindenden

### ordentlichen Generalversammlung

hiermit freundlichst eingeladen.  
Der Eintritt ist den Vereinsmitgliedern nur gegen Abgabe der 1914er gelben Legitimationskarte gestattet.  
Für die selbständigen und an der Wahl teilnehmenden Hausfrauen ist die Galerie vorbehalten.  
Der Geschäftsbericht, sowie die Rechnungsnachweisungen nebst Bilanz für 1913 liegen in dem Geschäftslokal des Vereins, Roonstraße 28, sowie in sämtlichen Vereinsläden auf und können daselbst in Empfang genommen werden.  
Karlsruhe, den 26. Februar 1914.

## Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe

eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht  
K. Kirsch, Vorsitzender.



## Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städt. Bierordbad am Donnerstag nachmittag von 3 1/2 bis 7 Uhr, und Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.  
Filialmärkte: Durch den Verkäufer Zipf.  
Weststadt: In der Seitenstraße 96/98, am Donnerstag vormittag von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.  
Oststadt: In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.  
Stadtteil Mühlburg: Ecke Rhein- und Vogelstraße am Donnerstag nachmittag von 1/2 bis 5 Uhr.  
Karlsruhe, den 26. Februar 1914. 7514

## Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

### Rintheim.

Den verehrl. Abonnenten unseres Blattes, sowie den Lesern des „Wahren Jacob“ zur Kenntnis, daß sich die Wohnung des Filialinhabers und Kolporteurs nunmehr  
Gruststraße 68, 3. Stock,  
befindet. Bestellungen über unvollständiges Ausstragen des Blattes und dergleichen sind nur an vorstehende Adresse zu richten. Auch werden daselbst sowie durch die Trägerin Bestellung auf den „Volkfreund“, „Wahren Jacob“ und jegliche Parteiliteratur entgegengenommen.

### Durlach.

## Alkoholfreies Café-Restaurant

6549 L. Meier, Lammstrasse 10.

## Bett-Teppiche

sind enorm billig abzugeben.  
Kaiserstr. 133  
6682 1 Treppe hoch.  
Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

## Vergabung von Kanalbanarbeiten.

Die Herstellung von rund 3500 m Straßenkanälen samt Schächten und Einfallstellenanlagen soll vergeben werden.  
Schriftliche Angebote sind postfrei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens 7520  
Donnerstag den 12. März d. J., vormittags 10 Uhr beim städtischen Tiefbauamt, Mathaus, Zimmer Nr. 116, einzureichen, wo auch die Pläne und Bedingungen eingesehen werden können und Angebotsvordrucke abgegeben werden.  
Karlsruhe, 17. Febr. 1914.  
Städt. Tiefbauamt.

## Lieferung von Fußbodenöl.

Die Lieferung von Fußbodenöl für die städtischen Bebauungsstellen soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.  
Bedingungen und Lieferungsverzeichnisse liegen beim städt. Hochbauamt, Jägerstr. Nr. 96, 2. Stock, Zimmer Nr. 192, zur Einsicht auf.  
Ebenfalls sind die Angebote bis Samstag, den 7. März 1914, vormittags 9 Uhr, dem Schluß der Ausschreibung, einzureichen.  
Karlsruhe, den 24. Febr. 1914.  
Städt. Hochbauamt.

## Eich. Schlafzimmer

mit großem, 130 cm breitem Spiegelschrank wird für 295 Mk. abgegeben. 7522  
Walbstraße 22, Wöbelhaus.

## Pfannkuch & Co

### Seigwaren

Bruch-Maccaroni  
Pfd. 28 Pfg.

Maccaroni offen  
dicke 30 Pfg.  
dünn 36 Pfg.

Maccaroni  
in 1/2 u. 1/4 u. 1/8 Paketen  
Pfund 40, 45  
und 55 Pfg.

Eierstifte 65 Pfg.  
Marte's Gloden 76 Pfg.

Gemüse-Nudeln  
offen Pfd. von 32 Pfg. an

Hausmacher  
— nur in Paketen —  
1/2 Pfd. Paket 40 Pfg.

Feinste Eier-Hausmacher  
in 1/2, 1/4 u. 1/8 Paketen  
Pfund 45, 55  
und 65 Pfg.

3 Gloden-Nudeln  
Pfund 76 Pfg.

Gemüse-Maccaroni (Muscheln)  
Pfund 32 Pfg.

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

Dunkelblonde Haarperücke wurde Mittwoch morgen in der Morgenstraße verloren. Abzugeben gegen Belohnung.  
Rantkestraße 20a, 2. Stod.  
Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauen-Kleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 3976  
Fran Streckfuß Durlacher Straße 79.